

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Fringerlohn 1.50 Mk., bei Selbstabholung 1.40 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 Mk., für 1 Monat 1.50 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.) — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.50 Mk. Postfachkonto Nr. 53 477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 13 608

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pfg., bei Platzvorkauf 45 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Inserate 20% Feuerungszuschlag. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 6. — Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 7.50 Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Blut soll weiter fließen!

Noske lehnt jede Verhandlung ab.

Noske und Lüttwiz.

Gewalt! Gewalt! Gewalt!
Blut muß fließen, rotes Arbeiterblut, das Blut der Revolutionäre, das Blut aller derer, die mit der Regierung Ebert-Scheidemann-Noske unzufrieden sind!

Der Oberbürgermeister von Lichtenberg hat an Herrn Noske das Ersuchen gerichtet, das Blutvergießen einzustellen und zwischen den in Lichtenberg kämpfenden Regierungstruppen und republikanischen Mannschaften einen Waffenstillstand abzuschließen. Noske erwidert lakisch: Es wird weitergemordet, die Operationen sind im Gange, die Ordnungsbestie will ihr Futter haben!

Die Gewalt soll also in Berlin über die Vernunft triumphieren. Mit allen Mitteln der Lüge und der Verleumdung wird die Bevölkerung weiter bearbeitet. Die Auseinandersetzung zwischen Volksmarinebrigade und republikanischer Soldatenwehr mit den Noskegardien, die nur zeitlich mit der Streikbewegung zusammenfiel, wird als ein Teil des Generalsstreiks dargestellt.

Die republikanischen Soldaten in Berlin, die bisher die Regierung Ebert-Scheidemann unterstützt haben und nur der Gewalt, die Blut-Noske gegen sie anwenden wollte, Gewalt entgegenzusetzen, werden zu Spartakisten gestempelt.

Spartakus ist wieder das Schreckgespenst, mit dem man den Spießbürger einlullt, Spartakus ist der Vorwand für die Aufrechterhaltung der Gewalt Herrschaft.

Noske will immer noch mehr rotes Arbeiterblut fließen sehen und zu seinem Genfer hat er den Freiherrn von Lüttwiz, General der Infanterie, bestellt, der ganz nach belgischem und russischem Muster Greueltat auf Greueltat häuft, die freie Meinungsäußerung unterdrückt, ohne gesetzliche Grundlage, ohne Richterspruch die gefangenen republikanischen Soldaten zu Hunderten standrechtlich ermorden läßt.

Wer ist dieser Lüttwiz?
Freiherr von Lüttwiz ist kommandierender General des am Berlin garnisonierenden 3. Armeekorps. Am 28. Januar 1919 hat eine Versammlung der Soldatenräte des 3. Armeekorps, 131 Delegierte, die etwa 56 000 Mann vertreten, ihren kommandierenden General, weil er durch seine Verfügungen die Soldatenräte ausschaltete und den alten Machthabern das Szepter wieder in die Hand geben wollte, ein Mißtrauensvotum ausgesprochen und folgenden Antrag einstimmig angenommen:
Die Vollversammlung wolle beschließen, daß der kommandierende General des 3. A.-K., Freiherr v. Lüttwiz, und der Chef des Stabes auf Grund der Verletzung vom 24. Januar 1919 nicht das Vertrauen ihrer Korpsangehörigen besitzen.
Es ist zur Entlastung durch das Kriegsministerium dem Unterstaatssekretär Göhre einzurechnen.

Hat das preussische Kriegsministerium, das durch den rechtssozialistischen Unterstaatssekretär gedeckt ist, das Selbstbestimmungsrecht der Soldaten anerkannt? Nein! Es antwortete folgendermaßen:
Kriegsministerium Berlin, den 12. Februar 1919.
Nr. 370. 2. 10. A. 1. I.

Unter Bezugnahme auf ihre Eingaben vom 20. und 21. Januar teilt Ihnen das Kriegsministerium mit, daß nach Prüfung der vorliegenden Akten kein Anlaß gegeben ist, den General der Infanterie, Frhr. v. Lüttwiz, von seiner Dienststelle zu entfernen.
Der Genannte hat in Ausführung des Erlasses der Regierung vom 10. Januar 1919 gehandelt.
Wegen der dortigen Stellungnahme zu dem Erlaß der Reichsregierung vom 10. Januar 1919 und den vom Generalkommando erlassenen Ausführungsbestimmungen behält sich das Kriegsministerium das Weitere vor.

Der Kriegsminister, i. A.: gen. v. Briesberg.
Der Unterstaatssekretär, gen. Göhre.

Das also ist der Genfer von Berlin, so steht die rechte Hand Noskes aus! Die Mannschaften haben ihm das Vertrauen geschenkt, um so größeres Vertrauen aber bringt ihm die Regierung der Blutsozialisten entgegen!

Glauben die Ebert-Scheidemann, mit solchen Methoden ihre Regierung besetzen zu können, war ihnen das Menetekel des Generalsstreiks im Ruhrrevier, in Mitteldeutschland, in Berlin noch nicht deutlich genug, soll die Arbeiterschaft noch deutlicher reden?

Schon regt sich selbst in den Reihen der Rechtssozialisten die Entrüstung über die Taten dieser Schandregierung. Am Dienstag haben die rechtssozialistischen Arbeiterräte und

Parteifunktionäre an den Handlungen ihrer Führer heftige Kritik geübt und scharfen Protest gegen die verlogene Schreibweise ihres Zentralorgans, des Vorwärts, erhoben.

In der Welt am Montag verlangt Herr Hans Leuß, der sich als Mitglied der rechtssozialistischen Partei und Anhänger der rechtssozialistischen Sache vorstellt, daß die Rechtssozialisten in der Regierung sofort das Feld räumen. Er schreibt:

Wir müssen in die Siegeshymnen Noskes einen Mißton bringen und klipp und klar ausdrücken, daß dieser Sieg Noskes den Sturz der gegenwärtigen Macht aber besiegelt hat.

Schon deshalb kann diese Regierung nicht am Ruder bleiben, weil sie die Schuld trägt an dem Zustande, der zur ersten Revolutionskatastrophe geführt hat.

Bestreiten kann sie diese Schuld nicht. Als sie am vorletzten Sonnabend endlich sich aufrichtete — damals schon zu spät —, tat sie es unvollkommen, ungenügend. Ihr großer Aufruf an die Nation, der am Sonntag erschien, wickelte ein paar Ansätze zu sozialistischer Politik in einen Schwall jener Nebenarten ein, die wir seit Monaten bis zum Erbrechen genossen haben, und selbst jene „Ansätze“ waren verworren und wirkungslos.

Was aber geben die Ebert-Scheidemann-Noske auf Vertrauen und Mißtrauen ihrer eigenen Anhänger. Vorläufig sitzen sie noch in ihrem Ministerstuhl, vorläufig haben sie noch die Bourgeoisie hinter sich, vorläufig können sie noch die Kanonen und Minenwerfer der Lüttwiz und anderer Generale für sich sprechen lassen.

Aber sie werden ihren Triumph nicht lange genießen. Schneller als sonst schreitet die Entwicklung in revolutionären Zeiten fort. Die kapitalistische Bourgeoisie und ihre rechtssozialistischen Helfer haben die Ernte noch längst nicht in der Scheuer. Sie können vorläufig noch Blutbäder unter den revolutionären Arbeitern anrichten. Aber in diesen Blutbädern werden sie sehr bald selbst ertrinken.

Spartakus rufen sie aus, aber den Sozialismus meinen sie. Eine Schreckensherrschaft kann ihnen wohl vorübergehende Erfolge bringen, aber endgültig wird die Arbeit über das Karikal triumphieren. Stärker als die Kanonen, Minenwerfer und Maschinengewehre der Noske und Lüttwiz ist die Kraft der Arbeiterschaft, wenn sie einig und geschlossen zusammensteht. Und das Schandregiment von Berlin wird hoffentlich den Erfolg haben, daß auch dort die Arbeiter sich ihrer Macht mehr als bisher bewußt werden und sie entschlossen auszuüben beginnen!

Blutiger Terror in Berlin.

Berlin, 12. März. (Eigener telegraphischer Bericht) Blutige Tage erlebt Berlin, die Straßen der Stadt hatten wieder vom Donner der Geschosse und dem Getöse der Maschinengewehre und Gewehre. Tag für Tag fallen unerhörte Opfer an Menschenleben. Genau wie in den Tagen des wütendsten Kriegsnationalismus, so berichtet auch jetzt dank der Feinde der bürgerlichen Parteien, die vom Vorwärts tatkräftig unterstützt wird, eine Stimmung, die jede Schandtat gegen die sogenannten Spartakisten gelassen blinzelt, ja sogar noch rechtfertigt. Jedes Greuelmärchen irgend eines nichtsnutzigen Zeilenschnibbers durchläuft die ganze Presse von der Post bis zum Vorwärts. Nirgends findet sich auch nur ein Wort des Einspruchs gegen das Barbarentum, das jetzt die Herrschaft über Berlin ausübt. Auch die demokratischen Blätter nehmen teil an der Verbreitung dieser Greuelmärchen. Das Berliner Tageblatt steht an der Spitze der Hehe, in deren Folge hunderte von Menschen einfach hingerichtet werden.

Diese Stimmung wollen die Befehlshaber von Berlin. Die in Opposition zur Regierung stehenden Blätter haben sie ohne Angabe von Gründen verboten. Auch der Vorwärts sucht sogar das Verbot der Freiheit, der Republik und der Neuen Berliner Zeitung zu rechtfertigen mit der Bemerkung, der Zweck sei, zu verhindern, daß die diesen Zeitungen anhänglichen Teile der Bevölkerung zu Gewaltthaten gegen die Regierungspuppen verleitet werden. Die Absicht war, zu verhindern, daß vorzeitig das irrtümliche Treiben der Regierung entlarvt werde. Aber dieser Plan ist nicht ganz glücklich, die Freiheit mußte wieder freigegeben werden, während die Republik noch unterdrückt ist. Während des Nichterscheinens der Freiheit geschah durch die berückelte Presse-Abteilung der Garde-Kavallerie-Schützenbrigade, unterstützt von der Regierung, die Verbreitung erdichteter oder übertriebener Greuelthaten, durch die der Boden für die von ihr gewollte Verhängung des Standrechts vorbereitet wurde. Obwohl die Verhängung des Standrechts juristisch absolut keine Grund-

lage besitzt, so suchte man doch den dadurch geschaffenen Vorwand zu benutzen, um die Erschießung von Dutzenden von Menschen ohne jede Untersuchung zu rechtfertigen. Aber es bedurfte nicht einmal des juristischen Mantelchens, denn wie aus dem Vorwärts zu ersehen ist, sind von der Garde-Kavallerie-Schützenbrigade schon vor der Verhängung des Standrechts zahlreiche Erschießungen von Gefangenen ohne Verhör und Untersuchung vorgenommen worden.

Die Nachrichten von Lichtenberg haben bereits ihre Wirkung ausgeübt. Triumphierend teilt die Presse mit, daß 80 Spartakisten standrechtlich erschossen worden seien, und auch heute morgen berichtet die bürgerliche Presse, daß von 250 Gefangenen 24 an die Wand gestellt und ohne weiteres erschossen worden seien. Das sind nicht die einzigen Nachrichten dieser Art. Es ist wiederum bei den Regierungstruppen die Stimmung geschaffen, die ihnen jede Mordtat an wehrlosen Gefangenen als berechtigt erscheinen läßt.

Bei den Kämpfen in Lichtenberg scheint es sich um den letzten Rest der republikanischen Soldatenwehr zu handeln, die durch die von der Regierung beabsichtigte Auflösung der Wehr in Opposition zu ihr getreten sind. Es ist unwahr, daß die kommunistische Partei oder die U. S. D. mit diesen planlosen Kämpfen etwas zu tun hat. Aber wie das Eingreifen des Oberbürgermeisters von Lichtenberg zeigt, der durch sein Amt zur Vertretung der allgemeinen Interessen berufen ist, sind die Kämpfenden in Lichtenberg auch nicht mit Räubern und Plünderern auf eine Stufe zu setzen. Die Verbreitung der Nachrichten über Räuberzügen sollen lediglich dazu dienen, das große und ungeheure Angebot von Regierungstruppen und die Anwendung von Gewalt mit ihren ganz grauenvollen Ausschreitungen gegen die Soldaten der Wehr zu rechtfertigen. Wenn die sozialistische Arbeiterschaft auch nicht hinter dem sinnlosen Treiben derjenigen steht, die glauben, daß sie auch jetzt noch mit den Waffen in der Hand für ihre Existenz eintreten müssen, so ist es doch ihre Pflicht, wo die schrankenlose Gewalt und Uebermacht sich auszutoben versucht und zahllose Menschenleben gegen Gesetz und Recht hingerichtet werden, auf das Entschiedenste gegen solches Verhalten Verwahrung einzulegen.

Es wird weiter erschossen.

Berlin, 12. März. Die bürgerlichen Blätter berichten: Ein großes Spartakistenfest (1), in welchem die Angehörigen der aufgestellten Volksmarinebrigade sowie Mannschaften der republikanischen Soldatenwehr zusammenkamen, wurde von Regierungstruppen in der Zahlmeistererei der Volksmarinebrigade in der Französischen Straße ausgehoben. Man fand ein riesiges Lager von Feuerwaffen, Handgranaten, Maschinengewehren sowie Massen von Dum-Dum-Geschossen. Während die überwiegende Mehrzahl der in Haft genommenen sich in das Unvermeidliche fügte, versuchten 24 mit Revolvern Bewaffnete die Regierungstruppen niederzuschießen und mit der Waffe in der Hand sich zu retten; diese Matrosen wurden später standrechtlich erschossen. 250 Angehörige der Volksmarinebrigade wurden unter harter Bedeckung auf Lastkraftwagen gebracht und nach dem Kellergewandnis in Moabit geführt, wo das außerordentliche Kriegsgericht über sie als Meuterer das Urteil fällen wird. Die in der Zahlmeistererei beschlagnahmten 18 000 Mk. wurden beim Kriegsgericht niedergelegt. Die verhafteten Mitglieder der republikanischen Soldatenwehr wurden nach Bestimmung ihrer Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt.

Neue Schauer Meldungen.

Berlin, 12. März. Von „besonderer Seite“ wird der Telegr.-Union mitgeteilt, daß die Kämpfe in Lichtenberg fortgesetzt werden, nachdem die Verhandlungen, die die Spartakisten mit den Regierungstruppen nachgelichtet hatten, anscheinend gescheitert sind. Entgegen anderen Meldungen, daß die Spartakisten auch über Krillerte verfügen, wird mitgeteilt, daß dies nicht der Fall ist, daß sie aber im Besitz von Wren und von einem Minenwerfer sind, mit dem sie andauernd Wren gegen die Regierungstruppen schleudern. Außerdem besitzen sie viele Maschinen-Gewehre. In der Hauptkaserne 1067 der Feuerkämpf weiter. Der angerichtete Häuserbrand in Lichtenberg ist sehr bedeutend. Die Spartakisten haben wiederum mehrere Waggons angezündet, wobei ihnen eine große Anzahl Kisten mit Eisen in die Hände fielen, die sie unter die Menge verteilten haben. Die Wäcker wurden geworfen, alles Brot ohne Marken abzugeben. Gestern mittag ist es dem Direktor der städtischen Wasserwerke gelungen, eine teilweise Wasserversorgung durchzuführen, so daß die Bevölkerung, wenn auch in beschränktem Umfang, mit Wasser versehen ist. Außerdem konnte auch eine teilweise Stromabgabe vom städtischen Elektrizitätswerk erwirkt werden, so daß Lichtenberg auch wieder etwas Beleuchtung hat. Die Werke fangen langsam wieder zu arbeiten an.

Noske will weiter Blut sehen!

Berlin, 11. März. Der Oberbürgermeister von Lichtenberg unterdrückte dem Reichswaffenminister das Ersuchen, die Aktion der

Regierungskruppen gegen Lichtenberg einzusetzen. In den angebotenen Bedingungen gehören die Aufstellung einer Volkswahr, in die auch geeignete Spartakisten eintraten sollten. Ferner wurde der Austausch der Gefangenen und völlige Straffreiheit für alle während der Kämpfe in die Hände der Regierungstruppen gekommenen und auch sonst an den Kämpfen beteiligten gewesenen Spartakisten gefordert. Der Reichswehrminister hat dem Oberbürgermeister und der Bürgerwehr von Lichtenberg die größte Schonung der Stadt zugesichert; eine Einstellung der vor ihrer Beendigung stehenden Operationen kann jedoch gerade um der Bevölkerung willen nicht erfolgen, vielmehr muß endgültig auch dieser Stützpunkt der Spartakisten geläubert werden, damit dauernd die Bevölkerung der Stadt Lichtenberg ihrer friedlichen Beschäftigung nachgehen kann.

Der Feldzug gegen Lichtenberg.

Berlin, 11. März. Politisch-Parlamentarische Nachrichten. Das Reichsamt für die Presse und Schwindelbureau teilt folgendes mit: Entgegen allen anders lautenden Darstellungen, die bereits für heute von schweren Kämpfen in Lichtenberg zu berichten wußten, ist darauf hinzuweisen, daß der Angriff gegen den letzten Stützpunkt der kommunistischen Hauptmacht erst für morgen vorgesehen ist. Taktisch wird sich der Vormarsch in drei Kolonnen vollziehen, je eine von Süden, Osten und Norden gegen Lichtenberg, während der Ort nach Westen hin abgeriegelt werden wird. Bei den starken zur Verfügung stehenden Kräften und der lückenlosen Umfassung dürfte es gelingen, Lichtenberg gänzlich zu befreien und einen großen Teil der spartakistischen Streitkräfte dingfest zu machen. Die Aktion gegen Neuföhren ist erfolgreich verlaufen, ohne daß es zu großen Opfern gekommen ist. Es ist gelungen, alle Angehörigen der Volksmarine Division festzunehmen. Bei sämtlichen Festgenommenen wurde eine eingehende Prüfung ihrer Personalien und ihrer etwaigen Beteiligung an spartakistischen Umtrieben vorgenommen. Unverdächtige wurden freigelassen.

Die Rechtssozialisten werden rebellisch.

Berlin, 12. März. (Privattelegramm). Wie der Vorwärts mitteilen muß, wurde in einer Versammlung von Arbeiterräten und Funktionären der S. P. D. lebhafter Kritik an der Regierung und am Vorwärts geübt. Der Vorsitzende der rechtssozialistischen Fraktion im Arbeiterrat, Straß, warf der Regierung vor, daß sie durch ihre Ablehnung der Arbeiterräte den Generalstreik provoziert habe. Die Sitzung protestierte dann heftig gegen die unwahre Berichterstattung des Vorwärts über die Vorgänge in Lichtenberg.

Wie es in Düsseldorf zugeht.

Nicht nur in Berlin haust die Rotlegarde wie blutiger Tiger, auch an anderen Orten arbeitet sie in derselben Weise. Aus Düsseldorf wird der Freiheit darüber eine Darstellung gegeben, der wir folgendes entnehmen:

Der Vorstand und die Delegierten des Arbeiterrats waren im Ständehaus bei ihrer Arbeit, als gegen 10 1/2 Uhr morgens ein mehrere Offiziere mit ihren Soldaten — alle bis an die Zähne bewaffnet — mit dem Ruf: „Hände hoch!“ in das Zimmer drangen. Alle Anwesenden — darunter die Genossen Agnes, Podewitz, Weingärtner und Wiemann — wurden in Hast genommen. Nur die anwesenden Maschinenführerinnen wurden — mit einem vielstimmigen Augenwinkeln des Offiziers — von der Festnahme ausgenommen.

Mittlerweile legte in der Stadt der Pogrom der Bourgeoisie ein. Im Weichen von Offizieren wurden drei Genossen von dem Ständehaus vom seidenen Rob halbiert geschlagen. Das Blut floß in Strömen, aber, wie ein Offizier sich geschmackvoll und lächelnd auszubilden beliebt: Die Kerle bluten ja wie die Schweine! Nach einer Haft von mehreren Stunden wurde eine Anzahl der Festgenommenen wieder in Freiheit gesetzt. Was in der Stadt vorgeht, spottet jeder Beschreibung. Eine Bande von Soldaten treibt den 18-jährigen Sohn und die kranke und schwache Frau eines bekannten Spartakisten unter Kolbenhieben über die Straße. Einer der Soldaten, welcher sich ganz besonders „tapfer“ geizt hat, wird zum Gescheiten befördert. Und vor den Augen des fatten Bürgermeisters werden die Köpfe angekratzt.

Alle die Einzelsfälle der blutdürstigen Bande hier anzuführen, würde zu weit führen. Es genügt das Wort eines Denunzianten, und schon hagelt es Kolbenschläge über den Kopf.

Der Ausstand im Ruhrgebiet.

Essen, 12. März. Wie der Bergbauverein mitteilt, ist in der heutigen Frühlicht die Belegschaft der Zeche Couri (Harpener Bergbau A.-G.) in den Ausstand getreten. Die Belegschaft der Ausständigen beläuft sich in der gestrigen Mittags-, Nacht- und der heutigen Frühlicht auf 14 000 Mann gegen 15 000 gestern.

Der Streik in Oberschlesien.

Beuthen, 11. März. Im Ausstand befinden sich gegenwärtig 30 Grubenbetriebe mit ungefähr 20 000 Mann und drei Hütten, nämlich Laurahütte, Vorflawerk und Aulendhütte. Welsch haben sich die Arbeiter nur widerwillig dem Ausstand angeschlossen. Von einem Generalstreik kann nicht die Rede sein.

Wie gelogen wird.

Wenn uns eine wirkliche Pressefreiheit erstehen soll, so mühte zuvor der Stillest der bürgerlichen Zeitungsmache mit aller Energie zu Reibe gegangen werden. Noch niemals, selbst unter der Herrschaft des preussischen Militarismus nicht, ist die Deffektivität so belogen und betrogen worden wie jetzt. Ueber die Berliner Vorgänge werden die wildesten Berichte in die Welt gesetzt, die Wahrheit wird auf den Kopf gestellt, eine Pogromstimmung wird in der bürgerlichen Bevölkerung erzeugt, die sich gegen alle die richtigen soll, die selbst in diesen trübten Zeiten das Gesicht für Anstand und Recht sich bewahrt haben.

Ein besonders ables Gewächs ist das Berliner Tageblatt mit seinem Chefredakteur Theodor Wolff. Es nimmt an dem Völkergeldigen eifrigen Anteil, es verschweigt die Tatsache, daß Unruhen und Zusammenstöße immer erst dann hervorgerufen wurden, wenn die Rotlegarden auf dem Plan erschienen waren, es beschuldigt nicht nur die „Spartakisten“, sondern auch die unabhängigen Sozialdemokraten, einen bewaffneten Aufstand in Berlin planmäßig vorbereitet und unterstützt zu haben. Freilich, der Liberalismus dieses Blattes ist nichts weiter als die Fassade, hinter der sich das nackte Profitinteresse der Bourgeoisie verbirgt, und die Unabhängigkeit Sozialdemokratie erregt nur deshalb den Zorn des Herrn Wolff, weil unsere Partei noch nicht, wie seine Freunde, die Ebert, Scheidemann, Noske, ihren Sozialismus an das kapitalistische Bürgerturn verkauft hat.

Mit welcher Schamlosigkeit dieses Blatt lügt, dafür zwei Beispiele aus der jüngsten Zeit: Sonntagmorgen berichtete das Berliner Tageblatt in Zeitdruck mit der großen Ueberschrift: Kampf um die Volksbühne, das folgende:

Augenblicklich wird das große Gebäude der Volksbühne am Willowplatz belagert, wo sich die Spartakisten eingekerkert haben. Man geht ihnen mit Artillerie und Mörsern zu Leibe. Die Detonationen sind weithin vernehmbar. Zahllose Fenster scheiben der umliegenden Häuser in der Lohring- und Prenzlauer Straße sowie in der Prenzlauer Allee sind in Trümmer gegangen.

Einen Tag später aber teilt das Blatt über diesen „Kampf um die Volksbühne“ folgendes mit, allerdings diesmal nicht in

Zeitdruck, sondern in gewöhnlicher kleiner Schrift und an verstreuter Stelle:

Wie wir hören, beschäftigt sich die Nachricht nicht, daß die Volksbühne bei den Kämpfen am Willowplatz schwer beschädigt worden sei. In dem Gebäude sind zwei Lüren durch Handgranaten eingeschlagen worden, einige Schiffe haben die Fenster durchbohrt. Die Volksbühne ist zwar durchsucht, aber von keiner Partei besetzt worden. Spartakisten sind nicht in der Volksbühne gewesen. Im Innern des Theaters ist nichts beschädigt, man hofft in einigen Tagen wieder spielen zu können. Der Geschäftsführer und einige andere Angestellte waren in den Kampfzügen im Theater tätig, ohne belästigt zu werden.

Zuerst also wird behauptet, die „Spartakisten“ hätten sich in der Volksbühne verschanzt; das Gegenteil aber stellt sich heraus, die geringen Zerstörungen an dem Gebäude sind von Rotlegarden verursacht worden, die sich offenbar gar nicht darum bemüht haben, auf friedliche Weise in das Haus zu gelangen, sondern die Türen gleich mit Handgranaten sprengten!

Ein zweiter Schwindel: Montagmorgen erzählt das Berliner Tageblatt unter der Ueberschrift: Ein deutscher Flugzeugpark an die Bolschewisten verkauft, in sehr auffälliger Aufmachung eine lange Geschichte von einem Fliegerleutnant von Porten, der im November vorigen Jahres des Besonderen Flugzeugpark Wilna, der annähernd 10 Millionen Mark wert gewesen sei, für zwei Millionen Mark an die Bolschewisten verkauft habe. Schon am Montagabend aber muß sich das Blatt von dem Kuwall des Deputierten Porten lassen, daß an dieser Räubergeschichte nichts sei.

So wird das deutsche Volk auch jetzt noch Tag um Tag belogen und betrogen. Die von und geschriebenen Fälle sind nur zwei aus einer Schlammflut von hundert und tausend Lügenmeldungen der bürgerlichen Presse. Dagegen hilft allerdings keine moralische Entrüstung, sondern die Arbeiterschaft muß durch die weiteste Verbreitung ihrer eigenen Presse dieser Pest entgegenwirken!

Religionsunterricht und Kartoffeln.

Weimar, 11. März.

Wie man sich im Reichstage tagelang über die gleichgültigsten Dinge unterhalten hat, nur um die Parlamentarische Klappern zu lassen, so tut man jetzt auch in der sogenannten Nationalversammlung. Nur durch den Streik sind die rebelligen Herrschaften einseitig Tage etwas aufgeschreckt worden. Nachdem der Streik vorüber ist, glauben die Dunkelmänner sich wieder mit ihren besonderen Forderungen hervorragen zu können. So wurde heute des langen und breiten über den Religionsunterricht gesprochen, der in einigen Bundesstaaten von Ostern an aus den Schulen verschwinden soll. Auch der Wortlaut der Interpellation, die die Deutschnationale Volkspartei eingebracht hat, ist äußerst kennzeichnend. Die Deutschnationalen wollen von der Scheidemannschen Regierung wissen, „ob sie zu den Eingriffen der bundesstaatlichen Verwaltungen in die zu Recht bestehenden Schulgesetzstellungen nehmen will?“ Meine wäre es vorbedacht, die Interpellation verhandeln zu lassen, denn als Herr Wum zur Begründung das Wort bekam, mußte der Präsident Lehrenbach mitteilen, daß kein Vertreter vom Reichsamt des Innern da sei, um sie zu beantworten. Darob große Entrüstung auf den Bänken der Rechten, die sich aber sofort legte, als mitgeteilt wurde, die Regierung habe eine Erklärung formuliert, die ein anderer Reichsminister abgeben sollte.

Für den geistigen Zustand der Interpellanten spricht wohl deutlich der Umstand, daß ihr Redner zur Begründung nichts anderes vorzubringen wußte, als schale Worte über den Genossen Adolf Hoffmann und die Behauptung, die Wenden wollten sich deshalb von Deutschland lösen, weil auch in Sachsen der religionslose Unterricht in der Schule eingeführt werden soll.

Die Erklärung der Regierung auf diese inhaltlose Paule fiel negativ aus. Die Regierung kann jetzt nicht dazu Stellung nehmen, sondern erst wenn die entsprechenden Paragraphen der Verfassung für das Reich beraten werden. Eigentlich wäre damit die Interpellation erledigt gewesen, wenn nicht das Medesieber noch gerechert hätte. Der mehrheitssozialistische Redner Weymann hat mit seiner Rede erreicht, daß seine Bloßfreunde anregten, es solle darauf hingewirkt werden, daß in Zukunft nicht die schlechtesten Redner immer vorgelesen würden. Diesen Rat hätten aber die guten Demokraten selbst befolgen sollen, denn auch ihr Redner, ein Herr Weis, hielt eine Ansprache, der die Dunkelmänner aller Schattierungen lebhaft zustimmten. Nachdem noch der Zentralkler Wausbach gesprochen hatte, wurde für Vormittag Schluß gemacht. Wer etwas gehofft hatte, daß nun des langweiligen Spiels ein Ende sei, wurde schwer enttäuscht, denn Nachmittag plätscherte das Medesieber munter weiter. Etwas Leben gab es, als der Vertreter der Deutschen Volkspartei, Dr. Dunkel, eine regelrechte Versammlungsvrede hielt und sie mit den besten Wigen durchsetzte. Er erreichte freilich auch den Tiefstand der ganzen Debatte.

Es war daher kein Wunder, daß die Ausführungen unserer Genossin Zieg, die nunmehr zu Worte kam, beträchtlich abstachen gegen das selbste Genüß der bisherigen Debatte. Nachdem sie zunächst die Witzlinge abgefertigt hatte, hob sie die Frage des Religionsunterrichtes auf die Höhe, von der aus allein eine fruchtbare Auseinandersetzung möglich ist. Sie hielt den Herren vor, daß sie mit dem Religionsunterricht lediglich den Zweck verfolgten, Sklavenseelen zu erzeugen. Daß es bei dieser Kritik lebhaft wurde, ist selbstverständlich. Die Zahl der Zwischenrufe wurde einigemal so groß, daß unsere Genossin nicht weitersprechen konnte. Zum Ueberflus griff auch noch Herr Lehrenbach ein, indem er Genossin Zieg verhindern wollte, religionsphilosophische Betrachtungen anzustellen. Auf den energischen Einspruch unserer Fraktion ließ er jedoch von seinem Vorhaben ab. Interessant war die Bemerkung Scheidemanns, es sei deshalb kein Vertreter des Reichsamtes des Innern zur Stelle, weil die Regierung jetzt Wichtigeres zu tun habe, nämlich die Sozialisierungsvorlage zu beraten.

Um auch einmal von sich reden zu machen, brachte Rahmann eine Anfrage über die Kartoffelversorgung ein. Sein Parteifreund Schmidt von der Regierung sagte, die geringe Kartoffelbelegung sei den Transportwierigkeiten geschuldet. Eine reißende Erfassung der Kartoffelbestände auf dem Lande sei deshalb unmöglich, weil die Kartoffeln noch in den Wägen seien. Bei frostfreiem Wetter würden sie jedoch herangeholt.

Mittwoch und Donnerstag wird die Sozialisierungsvorlage in zweiter und dritter Lesung beraten und dann wird sich das Haus auf einige Zeit vertagen.

Nationalversammlung.

Sitzung vom Dienstag, 11. März.

(M. Z. N.) Präsident Lehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Min. und teilt mit, daß die Verhandlung des in Halle gehaltenen Oberleitnants von Ribber heute nachmittags 3 Uhr daselbst stattfindet. Die Nationalversammlung wird durch eine Abordnung bei der Belegung vertreten sein und durch diese einen Kranz zu Ehren des Verstorbenen niederlegen lassen. Die Nationalversammlung hörte die Worte der Anerkennung und des Dankes für den in bestfälliger Weise Hingemordeten stehend an.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen. Auf die Anfrage des Abg. Lehmann (Soz.), was die Regierung zur Verhütung der auf dem Lande vielfach verborgen gehaltenen Kartoffelbestände zu tun gedenke, erwidert

Ernährungsminister Schmidt, daß die zuständigen Behörden wiederholt zu scharfer Bewachung angefordert haben. Der Transport werde bei Eintritt frostfreien Wetters in verstärktem Maße wieder aufgenommen werden.

Abg. Sollmann (Soz.) fragt, ob die Regierung in der Lage sei, die schleunige Aufhebung des Verbots des Oberkommandierenden der Militärten zu erlangen, im besetzten Gebiet Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen vorzunehmen.

Staatssekretär Albert erwidert: Auf eine Anfrage der deutschen Regierung hat General Ribbert erwidert, die Befugnisse der Armee hätten ein Interesse daran, daß die gegenwärtig im Amt befindlichen Kommunalbehörden vorläufig noch bleiben. Die Erfüllung dieser Forderung sei ausstehend.

Es folgt die Interpellation Krndt und Genossen über das Verhältnis von Staat und Kirche.

Als Abg. Wum (D.-Nat.) das Wort zur Begründung nimmt, erklärt Präsident Lehrenbach, es sei kein Vertreter des Reichsamtes des Innern zur Verantwortung da; es habe daher keinen rechten Sinn, die Interpellation weiter zu behandeln. Ihm sei jetzt gesagt, die Antwort sei formuliert und werde verlesen werden.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, in der Kolonialminister Dr. Bell namens der Regierung erklärte hatte, daß der Vorwurf einer Mißsichtlosigkeit der Regierung gegenüber den Interpellanten unangebracht sei, die Interpellation sei im Kabinett eingehend besprochen worden, wurde schließlich beschlossen, weiter zu verhandeln.

Abg. Wum führt zur Begründung aus: Es ist das Empfinden weitaus vieler Volkstreu, daß wir an der Schwelle eines neuen Kulturkampfes stehen. Unser armes Vaterland braucht Ruhe und Frieden, aber die Herren Ebert und Scheidemann haben ihm den Frieden nicht gegönnt. Einer ihrer ersten Schritte war, den Sprecher der freireligiösen Gemeinde, Herrn Adolf Hoffmann, an die Spitze des preussischen Kultusministeriums zu stellen. Redner erwidert dann die von dem sächsischen Volksbeauftragten Bud erlassenen Bestimmungen über das Verhältnis von Kirche und Staat. Bud habe auch die Simultanschule durchgesetzt, um irrenden für den konfessionslosen Religionsunterricht zu sorgen. Ebenso ist in Hamburg die Bruchstücke des religiösen Jutes in die Bevölkerung hineingeschleudert worden. In Braunschweig hat man sich nicht einmal damit aufgehoben, Verordnungen zu machen. Die Schulkinder der Hauptstadt wurden hier von den sogenannten Volkskommissionen zu einer antichristlichen Weihnachtsfeier im Dom zusammengebracht, bei der es geradezu unglücklich gelang. In Weidenburg planen die Gemaltäter die konfessionslose Einheitschule. Wir rufen der Regierung zu: Keinen Schritt weiter auf diesem Wege gefehlter Verordnungen. Wir fordern für unsere Kinder die christliche Schule und den christlichen Religionsunterricht. Die Deutschnationale Volkspartei kämpft für die Erhaltung der Kirchengrundlage in Staat, Familie und Schule. Die Seele der Jugend für den christlichen Glauben zu gewinnen, ist das christliche Lehrers herrliche Aufgabe. Hier liegen die Kräfte, durch die wir einer Zukunft gewiß sind.

Reichskolonialminister Dr. Bell: Der Minister des Innern, der in dringenden Reichsangelegenheiten nach Berlin berufen worden ist, hat leider, der Verkehrsschwierigkeiten wegen, nicht rechtzeitig hier erscheinen können. Ich habe im Namen der Reichsregierung folgende Erklärung hier abgegeben: Das Reich besitzt gegenwärtig keine Zuständigkeit auf dem Gebiet des Unterrichtswezens. Die Regierung kann deshalb nicht gegen etwaige gleichstaatliche Eingriffe in die Verantwortung des Religionsunterrichtes Stellung nehmen u. Anmerkung in der Reichsverfassung Normativbestimmungen über die Unterrichtsweise anzunehmen sind, wird bei Beratung der Reichsverfassung zu prüfen sein.

Abg. Dellmann (Soz.): Bei der Behandlung der Angelegenheit von Kirche und Staat hat sich die ganze Ueberhebung und Herrschsucht der kirchlichen Kreise gezeigt. Die Kirche ist nur eine vorübergehende Erscheinung. Die Kirche selbst hat Schuld daran, daß so große Teile des Volkes ihr feindselig gesinnt sind. (Lärm und Widerspruch rechts und im Zentrum). Wir geben aber ohne weiteres zu, daß die einzelstaatlichen Eingriffe in den Religionsunterricht faktisch unflug und vielfach taktlos waren. Sie waren auch un-demokratisch, weil sie der deutschen und den einzelstaatlichen Nationalversammlungen vorgegriffen.

Diese einzelstaatlichen Eingriffe entsprangen letzten Endes aber der schweren Gewissensnot vieler Kreise. Wir verlangen im Interesse der vollen Gewissensfreiheit die Befreiung des Religionsunterrichtes als besonderen Unterrichtsgegenstand. Die religionslose Schule will nicht religionsfeindlich sein, nur kirchenfrei. Unser Ideal ist die bildende Menschlichkeit von Lessings „Nathan“. Aber es ist unmöglich, die religiöse Unterwerfung mit einem Schläge zu befehlen und deshalb haben die Revolutionsregierungen falsch gehandelt. Eine Uebergangszeit ist notwendig.

Abg. Dr. Wausbach (Zentr.): Wir haben ein tiefstes Bild von den Willkürigen einiger Einzelstaaten erhalten. Wir wollen, daß der Religionsunterricht unter Aufsicht der Kirche ein Teil des Lehrplanes der Volksschule sei. Das Reich ist allerdings nicht zuständig, aber eine freundschaftliche Einigung wäre möglich. Wir müssen Gewicht darauf legen, daß die Sicherstellung der staatsbürgerlichen Rechte des Einzelnen und die Gewissens- und Religionsfreiheit in der Reichsverfassung festgelegt werden. Das Beispiel anderer demokratisch regierter Staaten zeigt, daß bei religiöser Freiheit der Friede der Konfession und die bürgerliche Wohlthat am besten gedeihen. Eine Kirchen- und Schulpolitik à la Adolf Hoffmann würde Deutschland dem vollen Untergang entgegenführen. Gesichtspunkte des inneren und äußeren Friedens mahnen uns in der Kirchen- und Schulfrage zu großer Vorsicht.

Hierauf werden die Verhandlungen auf 3 Uhr nachmittags vertagt.

Nachmittags-sitzung.

Abg. Weis (Demokrat): Die Regierung hat Recht, wenn sie sich für unzuständig erklärt. Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religiöser und christlicher Sinne gelöst haben. Die Stellung und Bedeutung des Religionsunterrichtes in der Schule hängt ganz ab von der Auffassung über die Staatschule. Wegen der Mängel des Religionsunterrichtes, die ich durchaus nicht befreite, soll man ihn aber nicht aus der Schule herausnehmen, sondern daran arbeiten, um eine durchgreifende innere Reform des Religionsunterrichtes herbeizuführen. Ein so reformierter Religionsunterricht ist ein wesentliches organisches Glied im Lehrplan der Schule. Ohne religiöse Kenntnisse und Erlebnisse dürfen wir unsere Jugend nicht lassen. Gerade der Gedanke der Einheitschule würde sehr darunter leiden, wenn die religionslose Schule viele Eltern nötig, ihre Kinder in religiöse Privatschulen zu schicken. Wäre ein festes, männliches, freigesinntes, aber auch freilebendes Geschlecht erogen werden, welches das Ererbte überwindet und das Unerlösbare ruhen läßt. (Beifall bei den Demokraten, rechts und im Zentrum). Redner wird von vielen Abgeordneten, darunter auch vom Abg. Wum beglückwünscht.

Abgeordneter Dr. Koeßler (Deutschnat.): Die Erklärung der Regierung war für uns in keiner Weise genügend. Wir fordern die christliche Volksschule und den christlichen Unterricht in der Volksschule. Man soll den Religionsunterricht auch nicht den kirchlichen Gesellschaften und nicht dem Hause nehmen. Verhindern Sie nur hineinzubringen in das Volksleben, und Sie werden wissen, daß das Religiöse für die weitesten Volkstreu noch immer das Heiligste und Liebstes ist, das anzutasten sich niemand unterfangen sollte.

Wenn wir herauskommen wollen aus dem furchtbaren Nödel dieser Zeit, aus dem Blutjampf, in dem wir waten, so kann das nur geschehen von innen heraus durch innere Arbeit, vor allen Dingen durch die Religion. Schön wäre es, wenn in der Reichsverfassung, die Sicherungen für Kirche und christliche Schule, für Religion und Christentum, niedergelegt werden könnten und wenn die Regierung für diese Fragen ein größeres Interesse, und zwar ein wohlwollendes, finden könnte.

Abg. Kunze (D. Volkspartei): Ich kann die letzte Äußerung des Redners nur unterstreichen. Die Religion darf nie und nimmer zu einer Parteilache herabsinken. Die Religion ist das größte und heiligste Volksgut, das es gibt. Der Religionsunterricht soll an erster Stelle in der Volksschule stehen. Wir wollen Gewissensfreiheit für die Lehrer und das Kind. Ein grauenhaftes Entsetzen packt uns alle über die heutige Verrohung, aber wir heben die Sittlichkeit nicht durch Parlamentsbeschlüsse und Kommandobefehle, sondern nur durch eine religiöse Erziehung.

Ministerpräsident Scheidemann: Wir waren für heute vorzeitig auf die Fortsetzung der Sozialisierungsdebatte eingerichtet. Daher kommt es, daß Reichsminister Preuß nicht zur Stelle war. Wir haben nicht im geringsten die Absicht gehabt, etwa Obstruktion zu machen. Wenn Sie damit einverstanden sind, daß diese Fragen zur Zuständigkeit der Reichsregierung gehören sollen, dann finden Sie meine volle Zustimmung.

Abg. Frau Zieg (U. S.): Die Revolution hat kraft eigenen Rechtes in einzelnen Bundesstaaten die Verwirklichung der Schule durchgeführt. Wir verlangen die Einheitsschule, die eine weltliche und Arbeitsschule sein soll. Wir stellen der Religion die große herrliche Weltanschauung des Sozialismus entgegen. Wir denken nie daran, damit irgendeinen Gewissenszwang auszuüben oder die Gewissensfreiheit antasten zu wollen. Wollen die Eltern ihren Kindern Religionsunterricht geben lassen, so kann das außerhalb der Schule geschehen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 2 Uhr: Sozialisierungs-Gesetz, Kohlenwirtschaftsgesetz.
Schluß 1/2 Uhr.

Zur Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Amsterdam, 11. März. In Bezug auf die Erörterungen der Konferenz über die Ernährung Deutschlands teilt Reuters Sonderkorrespondent in Paris mit, daß am 8. März während der Sitzung des Rates der Zehn ein Telegramm von General Plumer, dem Befehlshaber der britischen Streitkräfte am Rhein, eintraf, worin er dringend aufforderte, die unter seinen Augen leidende Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen um Unordnung zu verhüten und auch aus Gründen der Menschlichkeit. Das Telegramm Plumers machte einen solchen Eindruck, daß der Rat beschloß, seine Maßnahmen für die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln fortzusetzen und die Verhandlungen in Spa wieder aufzunehmen.

Paris, 11. März. Agence Havas. Admiral Wemyss ist nach Brüssel abgereist, wo er mit der deutschen Kommission zur Fortsetzung der in Spa unterbrochenen Verhandlungen zusammenzutreffen wird. Der Admiral bezieht sich allein nach Brüssel und ist mit den nötigen Vollmachten ausgerüstet.

TU. Haag, 12. März. Aus London wird gemeldet: Daily Telegr. meldet aus Paris, daß die beschlossene Lebensmittelversorgung Deutschlands folgendermaßen besetzt werden soll: 1. mit Frachtschiffen, deren Wert den Deutschen angegeben wird, 2. in Form von Wechseln auf neutrale Länder für bestimmte Güter, die nicht auf der schwarzen Liste stehen und die Deutschen ausführen dürfen und 3. mit deutschem Gold.

Aufhebung der Blockade von Oesterreich.

Haag, 8. März. Wie der Neuwieder Courant aus Paris meldet, hat der Rat der Zehn gestern beschlossen, die Blockade von Oesterreich aufzuheben. Die Lebensmittel werden über Plume und Trieste geschickt werden. Die Italiener waren gegen den Beschluß, die Franzosen, Engländer und Amerikaner dafür. Ein Vorschlag Cecilis, Deutschland zu helfen wurde von Lloyd George, Clemenceau und Oberst House besprochen. Lloyd George und House billigten den Vorschlag, Clemenceau verlangte Bedenkzeit, so daß der Vorschlag bis heute liegen bleibt. Es wird beabsichtigt, ausreichende Mengen von Lebensmitteln nach Deutschland zu schicken. Die Bezahlung soll mit Kali, das die Vereinigten Staaten brauchen, und Kohlen geschehen. Man erwartet, daß Deutschland seine Handelschiffe zur Ausführung der Lebensmittel übergeben wird.

Die französischen Arbeiter gegen die Gewaltpolitik.

Berlin, 10. März. Die Confederation Generale du Travail veröffentlicht eine sehr lange Entschleunigung, in der sie das Unbehagen, das augenblicklich in ganz Europa herrscht, dadurch erklärt, daß die Bevölkerung Europas von Annektionen nichts wissen wolle. Tatsachen, wie die bewaffnete Intervention gegen Rußland und die Bestrebungen auf eine verkappte Annexion gewisser Gebiete der alten Mittelmächte, stellen eine Gewaltpolitik dar, die in schroffem Widerspruch mit den von der Entente verkündeten Grundgrundsätzen steht. Die Confederation lehnt jede Verantwortung für die sozialen Ereignisse ab, die in dem Falle eintreten könnten, wenn die Vertreter auf der Friedenskonferenz den Volkswillen und die Wünsche der Arbeitermassen verkennen und nicht dafür sorgen, daß der Friede endlich der Welt wieder Vertrauen gibt und das Recht auf Leben, Gerechtigkeit und Freiheit der Völker in der ganzen Welt sichert. Die Tagesordnung besteht zugleich nochmals nachdrücklich auf der Durchsetzung der von der Berner Konferenz und den Gewerkschaften angenommenen Beschlüsse und Anträge in der internationalen Regelung von Arbeiterfragen innerhalb des Friedensvertrages.

Neue Proteste an die Alliierten.

Berlin, 8. März. In der Vollstufung der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa vom 6. März ist im Auftrage der deutschen Regierung den Alliierten eine Note übergeben worden, in der erklärt wird, daß die deutschen Vertreter in Trier keinerlei Verpflichtungen eingegangen sind, durch die das Verfügungsrecht der deutschen Reichsangehörigen über ihre Guthaben und ihre Wertpapiere im Ausland irgendwie eingeschränkt wird. Die deutsche Regierung sieht sich zu ihrem Bedauern genötigt, darauf hinzuweisen, daß es ihr bei Fortsetzung der Sperrverträge seitens der Entente Schwierigkeiten bereiten würde, ihrerseits die Verpflichtungen einzuhalten, die sie übernommen hat und denen nachzukommen sie beabsichtigt ist.

Berlin, 8. März. In der Sitzung der Waffenstillstandskommission in Spa vom 6. März protestierte der Vertreter der deutschen Regierung gegen jeden Versuch der Beschränkung des wirtschaftlichen Verkehrs innerhalb der neutralen Zone und erbat die Alliierten um Aufhebung aller etwa für die neutrale Zone bereits getroffenen wirtschaftlichen Einschränkungen und Anordnungen.

Sächsische Angelegenheiten.

Mittelstandsrelleurei.

In der Volkskammer gab es am Montag eine ausgedehnte Mittelstandsdebatte. Den Anlaß dazu bot eine Interpellation der deutschnationalen Fraktion, die anfragte, was die Regierung zu tun gedenke, um die durch den Krieg und seine Begleit-

erscheinungen geschaffene wirtschaftliche Notlage des gesamten gewerblichen Mittelstandes nachdrücklich zu heben. Ein besonders dringender Anlaß für diese Interpellation lag sicher nicht vor, denn es gibt in dieser Zeit, wo das ganze Wirtschaftswesen völlig gerüttelt ist, keine spezielle Not des gewerblichen Mittelstandes. Das wurde selbst von dem Regierungsvertreter recht unzweideutig hervorgehoben, der u. a. bemerkte, daß ein großer Teil der gewerblichen Betriebe für den Kriegsbedarf umgestellt wurde, und daß nicht wenige der Handwerker Gewinne gemacht haben, die sie weit über die Sphäre des Mittelstandes hinausheben. Das hindert die Vertreter der bürgerlichen Parteien aber nicht, in den alten von früher her gewohnten Tönen die Mittelstandsrelleurei zu betreiben. Abgesehen von der Zwangswirtschaft und des Bezugschein-systems, Beilegung des Nachmittages, finanzielle Unterstützung und eine die Kleinbetriebe begünstigende Preispolitik auf Kosten des Konsumenten, das war so ungefähr das mindeste, was die Interpellanten forderten. Die Demokraten wollten nicht nachstehen und bemühten sich, die wichtigen Funktionen des Mittelstandes herauszufinden.

Aber die ganze Aktion verlief diesmal doch etwas anders, als das früher der Fall war. Die Interpellanten waren etwas verblüfft, als ihnen von dem Regierungsvertreter erklärt wurde, daß keine Rede davon sein könne, daß einer Klasse auf Kosten der übrigen besondere Begünstigung gewährt werde. Das Handwerk möge zur Selbsthilfe greifen. Und übrigens stehe auch fest, daß ein Teil der kleinen Betriebe entbehrlich geworden sei.

Nach dieser Antwort konnten sich die sozialdemokratischen Redner mit kurzen Erklärungen über ihre grundsätzliche Stellung zu den Wirtschaftspragen begnügen. Der ganze „Gewinn“ der Debatte besteht darin, daß die bürgerlichen Parteien ihren mittelständischen Wählern, denen sie das Blaue vom Himmel herunterversprochen haben, wenigstens den guten Willen gezeigt haben.

Die Volkshammerfraktion der U. S. P.

hat folgende Interpellation eingebracht:
Ist der Regierung bekannt, daß die sächsische Eisenbahndirektion in der vergangenen Woche Anweisung gegeben hat, die Eisenbahnschienen der sächsischen Staatsbahn in der Nähe von Wurzen aufzureißen, damit während des Streiks in Leipzig die Zufuhr von Lebensmitteln, und im besonderen die Zufuhr von Milch für die Säuglinge nach Leipzig unterbunden wird?
Welche Stellung nimmt die Regierung zu diesem Vorgehen der Eisenbahndirektion ein und was gedenkt sie zu tun, um die Wiederholung solcher Handlungen zu verhindern?

Reform der Gemeindeverwaltung.

Der Volkskammer lagen gestern drei Anträge vor, die sich mit einer Umgestaltung der Gemeindeverwaltung befaßten. Zwei davon waren von den Mehrheitsfraktionen eingebracht und forderten die Umgestaltung der Kreis- und Bezirksverwaltung, sowie anderweitige Bestimmungen über die Zusammenfassung der Gemeindeverwaltungen und Ratkollegien. Unsere Fraktion hatte den schon in der Presse veröffentlichten Antrag eingebracht, der unter Angabe einer Reihe besonders dringender Forderungen eine völlige Umänderung und eine Anpassung der Gemeindeverfassung an die durch die Revolution geschaffenen Verhältnisse verlangte.

Genosse Müller wies bei Begründung des Antrags darauf hin, daß unsere ganze Gemeindeverfassung von einem fast mittelalterlichen Geist beherrscht werde, der um so mehr hervorstechend, nachdem ein Teil der Gesetze, die Wahlrechtsbestimmungen, im feilheitlichen Sinne umgewandelt worden sei. Solange die übrigen reaktionären Vorschriften bestehen bleiben, sei aber das freieste Wahlrecht nur eine halbe und unzureichende Maßregel. An der Hand von Beispielen aus der Praxis zeigte der Redner, daß das immer noch fortbestehende Kuffisch- und Bestätigungsrecht des Staates, das von den Kreis- und besonders von den Amtshauptmannschaften in der rigorossten Weise ausgeübt wird, die Tätigkeit der Gemeinden auf Schritt und Tritt hemmt und einschränkt. Das auf dem Papier gewährte Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, werde durch die Praxis völlig illusorisch gemacht. Ein Kontroll- und Einspruchsrecht stehen dem Staate nur zu, soweit es sich darum handle, Beschlüsse und Maßregeln der Gemeinden, die gegen die Gesetze oder gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, zu verhindern. Alle weitere Bevormundung der Gemeinden müsse aufhören.

Neben der Befestigung, resp. Beschränkung des staatlichen Aufsichts- und Bestätigungsrechts fordert unser Redner die Befestigung des Zweikammerystems in den Städten und der Gemeindebesten in den Landgemeinden, Immunität und Entschädigung des notwendigen Aufwandes für die Gemeindevertreter, sowie die Aufhebung des ausschlaggebenden Stimmrechts der Bürgermeister und Gemeindevorstände.

Ans der Antwort des Regierungsvertreters war zu ersehen, daß man sich in Sachsen trotz der Revolution nur schwer von dem alten Schiednraus trennen kann. Herr Geheimrat Schulz setzte zunächst mit einigen salbungsvollen und nichtssagenden Phrasen die Errungenschaften der Revolution, um dann zu verkünden, daß sich die alten Gesetze ganz wunderbar bewährt hätten und man mit Experimenten äußerst vorsichtig sein müsse. An dem Kuffisch- und Bestätigungsrecht glaubt die Regierung unbedingt festhalten zu müssen. Dabei fand der Vertreter der Regierung nicht ein einziges mißbilligendes Wort gegen die geradezu empörenden Annahmen und Uebergriffe der Aufsichtsbehörden, die Genosse Müller aus der letzten Zeit angeführt hatte. Der Herr Geheimrat wandte sich förmlich gegen jeden Fortschritt; nur in bezug auf die Gemeindebesten machte er einige schlichterme Zugeständnisse, allerdings mit der Einschränkung, daß an ihre Erfüllung so schnell nicht gedacht werden könne.

Es versteht sich, daß diese geheime rätliche Auffassung bei den Konservativen und Nationalliberalen Verständnis fand, obwohl selbst von ihnen die Notwendigkeit zugestanden wurde, die der freien Selbstverwaltung der Gemeinden angelegten Fesseln zu lockern. Nur der radikale Oberbürgermeister von Chemnitz, Herr Ventler, fand an der sächsischen Gemeindeverfassung nichts auszusetzen. Herr Ventler machte sich in den Revolutions-tagen dadurch besonders bemerkbar, daß er sich mit Händen und Füßen gegen die Aufhebung des schändlichen Chemnitzer Schöffenparlamentes wehrte. Wir glauben ihm aufs Wort, wenn er — was seinen veralteten konservativen Anschauungen entspricht — die mittelalterliche Anordnung der Gemeindeverwaltungen als geradezu idealen Zustand empfindet.

Auffällig nahm und intonsequent benahmten sich die Redner der Regierungssozialisten. Sie erklärten zwar, sie seien „grundsätzlich“ Gegner des Zweikammerystems. Das hindert sie aber nicht, sich mit dem Weiterbestehen des jetzigen Zustandes abzufinden und sich auf die Forderung sofortiger Neuwahlen für die Stadträte zu beschränken. Es gewann fast den Anschein, als ob die Herren nicht daran erinnern wollten, daß ihr Fraktionskollege und jetzige Minister Nitzsche vor einer Reihe von Jahren einige Bücher über Gemeindepolitik geschrieben hat, in denen er das sächsische Zwangsregiment in derselben Weise bekämpfte, wie das heute noch die bösen Unabhängigen tun.

Von unserer Seite sprach noch Genosse Dönhardt, der besonders die merkwürdige Praxis der Leipziger Amtshauptmannschaft beleuchtete. Genosse Müller, der am Schluß noch einmal zum Wort kam, fertigte die, namentlich von Herrn Ventler gemachten Einwände gegen die Aufhebung des Zweikammerregimes in den Städten ab und wies auf das zwischen den beiden sächsischen Kollegien in Leipzig bestehende Verhältnis hin, das die völlige Unhaltbarkeit des jetzigen Systems beweise. Ferner trat er den Ausführungen des Regierungsvertreters entgegen. Herr Schulz habe

nicht verwehrt, klüßhafte Gründe gegen die Notwendigkeit einer soartigen Änderung anzuführen. Nur eines habe er schlagend bewiesen: daß für die fortschrittliche Entwicklung des Reichs das Geheimratsystem ungefähr ebenso schädlich sei, wie die haasliche Bevormundung und das Gemeinbestenregiment für eine gesunde Gemeindepolitik.

Nach einer weiteren, belanglosen Debatte wurden die Anträge dem Gesetzgebungsausschuß überwiesen.

Keine Beilegung an der Regierung.

Die Fraktion der U. S. P. hat sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Regierungsabteilung befaßt und einstimmig beschlossen, folgende Antwort an die Mehrheitsfraktion zu senden:

Tresden, den 10. März 1910.
An die Kammerfraktion der sozialdemokratischen Partei
Tresden-N.

Im Namen der Fraktion der U. S. P. teilen wir Ihnen mit, daß unsererseits eine Beilegung an der Regierung bzw. eine Weiterverhandlung mit Vertretern der S. P. abgelehnt wird.

Zur Begründung dieses Standpunktes ist nur folgendes zu erklären:

Auf die von uns zur Voraussetzung zum Eintritt in die Regierung aufgestellten Bedingungen ist in sehr wichtigen Punkten ausweichend, zweideutig oder direkt ablehnend geantwortet worden.

Ausschlaggebend für unsere Haltung ist, daß Sie es grundsätzlich ablehnen, die A. und S. Räte als Träger der politischen Macht anzuerkennen. Demgegenüber müssen wir an unserer grundsätzlichen Auffassung über die A. und S. Räte festhalten. Diese unsere Stellung deckt sich mit dem Beschluß des Parteitages der U. S. P. in Berlin, der sich ausdrücklich auf den Boden des Räte-systems gestellt hat.

In alledem kommt, daß die sozialdemokratische Fraktion und die jetzige Regierung dem Streikrecht der Arbeiter gegenüber eine Haltung einnehmen — wie sich in der Volkskammer-Sitzung am vorigen Donnerstag zeigte —, die zu der unseren in schroffem Gegensatz steht.

Unter solchen Umständen ist uns ein Zusammenarbeiten mit Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei in einer Regierung nicht möglich.
Der Vorstand der U. S. Fraktion.

Völlige Kopflosigkeit.

Die abhängige Dresdner Volkszeitung, die seit langer Zeit durch die merkwürdige Beurteilung der politischen Vorgänge nur noch erheitert wirkt, hat jetzt, nachdem es auch ihr endlich klar geworden ist, daß sich die Dinge in Sachsen etwas anders entwickeln, als man in der Dresdner Redaktionsstube wünscht, völlig den Kopf verloren. Sie schreibt Jeter und Morbio, weil es die Unabhängigen abgelehnt haben, sich an der Weiterverhandlung zu beteiligen, und tut ganz verwundert darüber, daß das Verhalten der Mehrheitsfraktion als ausweichend und zweideutig bezeichnet worden ist. Entkräften kann sie aber diese Behauptungen nicht. Deshalb verlegt sie sich auf Missmonieren. Sie gefiert und schimpft gegen die Unabhängigen, die nach ihrer Auffassung immer mehr dem Spartakismus und Bolschewismus verfallen. Dabei wärmt sie noch einmal das alte Märchen auf von den „zwei Strömungen“ in der unabhängigen Kammerfraktion. Und das, obwohl bekannt ist, daß die Ablehnung der gemeinsamen Regierungsabteilung von unserer Kammerfraktion einstimmig erfolgte. Wir können aber noch weiter hinzufügen, daß in der Fraktion auch nicht ein Mitglied war, das nach den Debatten der letzten Tage in der Volkskammer auch nur die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens mit der Mehrheitsfraktion erwogen hätte.

Nur in einem Punkte können wir der Auffassung der Dresdner Mehrheitsfraktion rückhaltlos zustimmen: darin, daß die Weigerung der Unabhängigen, die Regierung mit zu übernehmen, einen großen Ernst der Lage zeige, als mancher glauben dürfte. Die Lage ist allerdings sehr ernst geworden. Nämlich für die Mehrheitsfraktion, denen die Hoffnung geraubt ist, einen Teil der Schuld für ihre verwaschene, halb bürgerlich, halb sozialistische Politik auf zwei oder drei unabhängige Minister abwälzen zu können.

Nach einer Mitteilung der Dresdner Nachrichten scheinen übrigens auch die Demokraten keine große Neigung zu haben, in die Regierung einzutreten. Es bliebe also dann immer noch die Möglichkeit, ein „rein sozialistisches“ Ministerium zu schaffen, wenn auch nur ein rein mehrheitssozialistisches. Aber wie die Dinge nun einmal liegen, würden wir das im Augenblick noch für die glüklichste Lösung halten.

Kohlengräberausstand im Zwickauer Revier.

Zwickau, 11. März. Heute früh sind sämtliche Belegschaften im Kohlengraberrevier Delsnisch-Lugau in den Streik getreten, im ganzen 14000 Mann, um auf die Verhandlungen, welche zur Zeit unter Wirtschaftsminister Schwarz in Zwickau stattfinden, einen Druck auszuüben.

Aus unverdächtigter Quelle wird den Zwickauer Neuesten Nachrichten weiter gemeldet, daß mehrere hundert Mann der Streikenden im Anmarsch auf Zwickau sind, um ihren Forderungen hier Nachdruck zu verleihen.

Zwickau, 12. März. Die Belegschaften der Zwickauer Steinkohlen-Bergwerke sind heute früh nicht angefahren.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Konfirmanden
Anzüge
Hollenkamp

Weiße Zähne

Orzelen Sie meist schon nach kurzem Gebrauch d. herrlich erfrischenden Zahnpaste Chlorodont. Vorz. Vorbeugungsmittel bei Karies-Infektion durch die Mundhöhle (Influenza, Grippe usw.). Oberall zu haben.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Wegen Papiermangels müssen mehrere Seiten Interate zurückgestellt werden.
Leipziger Volkszeitung (Anzeigenabteilung.)

Umtliche Bekanntmachungen.

Pflicht der Arbeitgeber zur Anmeldung des Bedarfs an Arbeitskräften.

Nachstehend wird eine Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilmachung zur öffentlichen Kenntnis gebracht.
Leipzig, am 10. März 1919.
Rog.-Arb.-N. Der Rat der Stadt Leipzig.

Nr. 117. Verordnung über die Pflicht der Arbeitgeber zur Anmeldung eines Bedarfs an Arbeitskräften vom 17. Februar 1919.

§ 1. Jeder Arbeitgeber, welcher fünf oder mehr Arbeitskräfte beschäftigt, ist verpflichtet, deren Zahl, Beschäftigungsarten und Arbeitsplätze binnen 24 Stunden nach Eintritt des Bedarfs bei einem nachgewerblichen Arbeitsnachweise, welcher sich mit der Vermittlung von Arbeitskräften der benötigten Beschäftigungsart befaßt, anzumelden.

§ 2. Ein Arbeitgeber, der einen Bedarf an Arbeitskräften der gleichen Art bei verschiedenen, nachgewerblichen Arbeitsnachweisen anmeldet, ist verpflichtet, bei der zweiten und jeder folgenden Anmeldung anzugeben, bei welchem Arbeitsnachweise er denselben Bedarf bereits angemeldet hat.

§ 3. Die Verpflichtung nach §§ 1 und 2 trifft an Stelle des Arbeitgebers diejenigen Personen, welche von ihm allgemein oder für den Einzelfall mit der Annahme von Arbeitskräften für seine Zwecke beauftragt sind.

§ 4. Die nach den §§ 1 und 2 meldepflichtigen Personen haben jede Forderung der als offen angemeldeten Arbeitsplätze den Arbeitsnachweisen, bei denen die Anmeldung erfolgt ist, binnen 24 Stunden mitzuteilen.

§ 5. Meldepflichtige Personen, welche einer der vorstehenden Bestimmungen zuwiderhandeln, werden mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark bestraft.

§ 6. Bereits ergangene weitergehende Verordnungen der Demobilmachungsbehörden über Meldevorschriften im Sinne dieser Verordnung bleiben in Kraft.

§ 7. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.
Berlin, den 17. Februar 1919.
Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilmachung.
Koch.

Ausgabe der Margarine an Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Konditoren, Speiseanstalten, Kriegerküchen usw.

Gast-, Schank- und Speisewirtschaften erhalten auf die gelblichen Fettmarken S 25-S 28 je 125 Gramm Margarine zugestellt.

Die Ware ist zu entnehmen in der Warenverteilungsstelle der Gastwirte Leipzigs, Kockplatz 9, Ost-Schankwirtschaft Mägdebrunnen, nach der Reihenfolge der Margarineausweisnummern in folgender Ordnung:

- Donnerstag, den 13. März, Nr. 1-600,
 - Freitag, den 14. März, Nr. 601-1200,
 - Sonntag, den 15. März, Nr. 1201-Schluss.
- Abgabezeit von 9-4 Uhr ohne Unterbrechung. Die Abholer haben der Warenverteilungsstelle den Margarineausweis für Monat März vorzulegen.

Die Konditoren erhalten auf die gelblichen Fettmarken S 25-S 28 je 40 Gramm Margarine zugestellt.

Die Fettmarken sind von den Konditoren bis Donnerstag, den 13. März, bei einer der bekannten 27 Verkaufsstellen gegen Empfangsbefugigung abzugeben.

Die Verkaufsstellen haben die Margarine gegen Abgabe von den Konditoren eingelieferter Fettmarken S 25-S 28 Freitag, den 14. März, bei der Filiale Gustav Dierich, Kockplatz 11/12, zu entnehmen und an die Kunden auszugeben.

Die Speiseanstalten, Kriegerküchen, Kinderbewahranstalten, Haushaltungsschulen und ähnliche Betriebe erhalten auf die blauen Fettmarken S 25-S 28 je 200 Gramm Margarine zugestellt.

Die Margarine ist Freitag, den 14. März, in der Margarineausgabestelle von Georg Feizer, Berliner Str. 7/9, zu entnehmen.

Im übrigen finden die Bestimmungen der Bekanntmachung über den Verkehr mit Speisefetten vom 7. Oktober 1916 entsprechende Anwendung.
Leipzig, am 11. März 1919.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Frischfleischbezug für die Woche vom 17.-23. März.

Sicherzustellen werden auf die in einem Streifen eingeleiteten Fleischmarken

- a) D 1-10 = 200 Gramm Fleisch mit Knochen und außerdem 50 Gramm Wurst für Erwachsene,
 - b) D 1-5 = 125 Gramm Fleisch mit Knochen für Kinder, Erwachsene, die nur Fleisch anmelden, erhalten 200 Gramm Fleisch aus die zusammenhängenden Marken D 1-5, Erwachsene, die nur Wurst anmelden, 50 Gramm Wurst auf die Fleischmarken D 9 und 10.
- Einzelne Fleischmarken 1-8 werden im Sicherstellungsverfahren mit 25 Gramm Fleisch bewertet. Die grünen und roten Sondermarken werden entsprechend dem auf der Rückseite aufgedruckten Werte beliefert.

Abgabe der Fleischmarken D der Verbraucher und der Fleischbegünstigten D der Gastwirte beim Fleischer bis Donnerstag, den 13. März 1919.

Ablieferung der angenommenen Fleischmarken und Fleischbegünstigten D durch die Fleischer bei der Bezugskleinfiliale bis Freitag, den 14. März 1919.

Fleischabgabe an die Verbraucher Sonnabend, den 22. März 1919.
Leipzig, am 11. März 1919.
Kr.-E.-A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Belieferung der Milchkarren.

Vom 12. März 1919 an können außer den violetten und grünen Milchkarren für Kinder bis zu 2 Jahren und den roten Milchkarren für Kranke auch die gelben Milchkarren für Kinder von 2 bis 4 Jahren mit der Aufschrift 'Menge' beliefert werden. Soweit einzelne Händler mehr Milch zur Verfügung haben als zur Belieferung vor- gehen unter Karten erforderlich ist, ist dies an die Milchsammlstellen abzuliefern zur Verteilung an solche Händler, die nicht genügend Milch zur Belieferung der blauen und roten und gegebenenfalls braunen Milchkarren zur Verfügung haben.

Die Bekanntmachung vom 4. März 1919 erliegt sich hiermit.
Leipzig, am 11. März 1919.
Kr.-E.-A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Bekanntmachung.

Die Aufführung des S. utia Ladeplatzes für Han- waren an der Roberger Straße auf dem 'Lieberacker' ist bei dem. Dieser Schuttabtrag wird daher am Sonntag, dem 5. März 1919, geschlossen.
Leipzig, am 10. März 1919.
T.-A. III. 86. Der Rat der Stadt Leipzig.

Aufforderung zur Anmeldung Wohnungsloser.

Zur Feststellung des Bedarfs an Notunterkünften werden die Haushaltungsvorstände der in Leipzig wohnenden Familien, die infolge Stundung für den 1. April 1919 neue Wohnungen noch nicht haben finden können, aufgefordert, dies ungetarnt bis spätestens den 15. März 1919 dem Wohnungsdienst, Rathaus, Rühlengasse 11, Zimmer 219, anzuzeigen.
Leipzig, am 11. März 1919. Wohn-Amt IV 128.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Wiederlich.

Wegen vorzunehmender Reinigung der Geschäftsräume bleibt das Gemeindevamt
Montag, den 17., und Dienstag, den 18. März 1919 geschlossen.
Der Gemeindevorstand.

Fahrplanänderung.

Vom 1. März d. J. ab verkehrt Schnellzug D 26 Weim- München zwischen Weim und Leipzig wie folgt:
Weim ab 8 22 nachm., Mittelsberg ab 11 12, Wittenfeld ab 11 22, Leipzig an 12 22.
Salle (Saale), im Februar 1919.
Eisenbahndirektion.

Unabhängige Sozialdem. Partei

Leipzig-Stadt Deutschlands 12. Jährlich. Wahlkreis

Achtung! Volkswehr Südbezirk, 12. Kreis.

Donnerstag, den 13. März, abends 7 Uhr im Volkshaus, Café Mitte

Zusammenkunft aller Genossen.

Waffen, Munition, Binden und Ausweis sind mitzubringen.
Der Delegierte.

Partei-Beiträge, An- und Abmeldungen

werden von unserem Hauskassierer Paul Nohs, Hospitalstraße 19, IV. 1., sowie jeden Tag, von 9-1 und 4-9 Uhr, im Volkshaus, Portal rechts

Saalgebäude L, Zimmer Nr. 13, angenommen.

Volkswehr L.-Möckern

Donnerstag, den 13. März, abends 7 Uhr im Volkshaus, Café Mitte

Zusammenkunft im Rest. Carolabad, Mecklenburgstraße 10.

Waffen, Waffenschein und Munition mitbringen. Erscheinen aller notwendig, da sehr wichtige Tagesordnung.
Der Kompanieführer.

Paunsdorf.

Mitglieder der Volkswehr!
Morgen Donnerstag, den 13. März, abends 7 Uhr, im Bibliothekszimmer: Besprechung. - Abgabe von Waffen, Munition und Binden.
Der Obmann.

Reine Schande.

aber ein Unglück ist es, heimgekehrt zu werden von einer gefährlichen Geschlechtskrankheit, welche die Bestensten mitunter ins Verderben stürzt, vorzeitig die Organe zerstört, Lähmungen, Erbittungen, Rückenmarks, Giftstoff anbringt u. fröhlich. Tod herbeiführt und überhaupt unheilbares Elend verursacht. Geschlechtskrankheiten aber sind bei weitem nicht so schlimm und schrecklich, sofern sie ausgeschieden und vollständig geheilt und nicht immer wieder unterdrückt werden. Wie sie auf naturgemäße Weise behoben und wie vom Unglück tiefbedrängte Menschen wieder ausgerichtet werden, darüber spricht im Schauspielhaus, Vorderhaus, 2 Treppen, heute und morgen Donnerstag, nachm. 7/4 und 8 Uhr unser erfahrener Praktiker Herr Wollig. Eintritt für Nichtmitglieder 30 Bsp. Gäste willk. Verein für Lebens- u. Heilungskunst-Reform (E.V.). Nächsten Sonntag, 16. März, von 6 Uhr ab: Tanzvergnügen im 'Burgfrieden', Dufourstraße 8.

Arbeitersekretär für Magdeburg gesucht.

Für das ständige Arbeitersekretariat wird ein Sekretär gesucht. Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen des Vereins Arbeiterpresse. Es wird auf eine erste Kraft reflektiert, die mit den Arbeiten eines solchen Instituts durchaus vertraut ist und ein möglichst eine mehrljährige Tätigkeit in gleicher Stellung nachweisen kann. Der Eintritt muß möglichst sofort erfolgen. Gehaltsforderungen sind mit der Bewerbung anzuhängen an den Vorsitzenden des Gewerkschaftsrates Magdeburg, August Flügge, Große Mühlstraße 8, zu senden.

Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Leipzig. Bureau: Volkshaus, Zeiger Straße.
Donnerstag, den 13. März 1919, abends Punkt 7 Uhr im Volkshaus, Zeiger Straße 32 (Mittelsaal).
Branchenversammlung
Zement- und Kunststeinarbeiter, Massemacher und deren Hilfsarbeiter.
Die Tagesordnung ist äußerst wichtig, kein Branchenangehöriger darf in der Versammlung fehlen.
Die Schlussleistung.

Achtung!

Männer- u. Gemischter Chor Leipzig

Leitung: Otto Didam.
Kapellmeister an den Vereinigten Städtischen Theatern.
Donnerstag, den 13. März 1919 im Volkshaus (Café Mitte)

Übungsstunde

von 1/8 bis 1/10 Uhr.
Erscheinen sämtlicher Sangeschwestern und -Brüder erwünscht. Sangeslustige Damen und Herren finden jederzeit freundliche Aufnahme.
Der Vorstand.

Kommunistische Partei Deutschlands

(Spartakusbund :: Gruppe Leipzig)

Bezirk Südosten

Donnerstag, den 13. März, abends 8 Uhr, Öffentliche Versammlung im Gasthof Neureuditz, Südlicher Straße. Tagesordnung: 1. Das Gebot der Stunde. 2. Ansprache.

Bezirk Norden Donnerstag, den 13. März, abends 7 Uhr, Öffentl. Mitglieder-Versammlung im Volkshaus, Zeigerstr.

Bezirk Osten Gute Mittwoch, den 12. März, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der Silberpappel, Kirchstraße.

Rechtsbureau

Rat u. Beistand in allen Strafr., Eher., Grundstücks-, Militär-, Nachlasssachen, Geluche, Verträge, Testamente, Erbschaften, Nebennahme von Prozesskosten. Spezialität: Unfallschäden und Militärsachen. W. Amhof, Leipzig, Mühlengasse 14, II. Sprechzeit: 10-1 und 3-7 Uhr. Sonnt. 10-8 Uhr. Tel. 11514.

Feldausgabe

an der Goerke- u. Adhe in Wiedern. Otto Arndt, Gutbesitzer Lindenthal.

Fußbodenöl

70 Pfg pro Kilogr. liefert Chem. Fabrik Julius Lewin Leipzig, Moltkestraße 24.

Dreifüße

nur 3-4.50 Mk. sowie alle Artikel d. Haushaltungsmaschinen, Leisten, Erbsenbojen, Tische, Holzabfälle etc. Parkstraße 1, Grimm, Steinweg 20, Eisenbahnstraße 27, Bayerstr. 12.

Händler und Hausierer!

Preßspan-Einlegesohlen Dugend 1.10 Mk. Filz-Einlegesohlen Dugend 6 Mk. Mech. Einlegesohlen-Fabrik Julius Lewin, Leipzig, Moltkestraße 24.

Rubenmus

mit Fruchtgelmad 1/2 Liter. Kostprobe gratis bei B. Wagner, Dresden, Str. 20b. I. Panthron, Aufg. Hofstr. 1. Et.

Grosso rote süsse Karotten

Beim 16 Mk. Braunig * Hauptstraße 2, am Kockplatz.

Metallarbeiter

Verband Die Bibliothek liegt offen. Mitgliedsbücher unentgeltlich zur Verfügung. Besondere Karten können bei der Besprechung am 13. März, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zeigerstr. 32, abgegeben werden. Besprechungszeit: 7-10 Uhr. Tel. 11514.

Helzungs-Monteur und Helfer.

Sonntag, den 15. März, abends 7 Uhr, Versammlung im Volkshaus. Tagesordnung: Unsere Lohnfrage. - Mitgliedsbücher sind vorzulegen.

Vertrauensleute und Arbeiter-Ausschüsse der Gelbmetall-Industrie.

Montag, den 17. März, abends 7 Uhr, Versammlung im Volkshaus. Erscheinen aller ist unbedingt notwendig.

Alle vom Militärdienst entlassenen Kollegen müssen sich sofort, spätestens innerhalb 3 Wochen nach erfolgter Entlassung, wieder beim Verband anmelden, wollen sie nicht ihrer bisher erworbenen Rechte verlustig gehen.

Achtung! Lebensmittel - Gemüse

Infolge des Streiks bleiben mir 18 Waggons Lebensmittel unterwegs stehen. Eingetroffen sind heute:

Rotkohl, Möhren, Kohlrüben, Rotrüben. In den nächsten Tagen treffen ein:

Weisskohl, Kohlrabi, Runkelrüben

Prima Sauerkraut habe jeden Vorteil abzugeben, sowie

Feuerholz, offenrecht geschnitten. Paul Hachenberger

Dresdner Freiadelsplatz, Fabelstraße 4, am Böttcherweg 2. Eingang Ende Landauer und Wismannstr. Tel. 4161.

Sämereien.

Ernte 1918.	100g	10z
Weißkohlsaat, früh, Dithmarscher, 1/4 ge- 100g	30.-	2.-
Rotkohlsaat, früher Mohrenkopf/mischig		
Für die größten hier kostenlos eingegangenen 20 Kohlköpfe meiner Saat zahle ich 500-1000 Mk. baar.		
Kohlrabi, blau und weiß	30.-	3.40
Wirsing, Vertus	25.-	2.80
Rosenkohl, hoher	25.-	2.80
Karotten, frühe verb. Nantaise ohne Hart	13.-	1.50
Möhren, lange rote stark ohne Hart	9.20	1.-
Schwarzwurzeln	6.60	-.80
Kopfsalat, Minkelnig	8.-	1.-
Spinat, Gaudry	kg 4.00	-.15
Winter-Porree, Brabant	13.-	1.50
Bohnenkraut	-.90	-.15
Majoran	48.-	5.20
Thymian	17.40	2.-
Zwiebeln, große Zitoner	3.00	-.50

Auch Kloonsaten. - Muster gegen Berechnung. Bei größeren Posten Preis-ermäßigung. Wiederverkäufer gesucht. M. Kesselring, Leipzig-E., Theresienstr. 79

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 12. März.

Bekanntmachung.

Arbeitslose betreffend!

Vom Engeren Ausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates wurde das städtische Arbeitsamt angewiesen...

Der Engere Ausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates Dr. Geyer, Schöning.

Die von den Bezirksstreikkomitees veränderten Kohlenmarken sind durch die Beendigung des Streiks ungültig geworden...

In der letzten Zeit werden von unläuterer Personen Gerüchte verbreitet, daß der Arbeiter- und Soldatenrat die von ihm beschlagnahmten Waren unter sich verteile...

Beschlagnahmungen werden im Falle von Wohlfahrtspolizeibeamten vorgenommen. Verderbliche Waren, wie Fleisch, Tal, etc. kommen in den Schlachthof zur sofortigen Verarbeitung...

Der Arbeiter- und Soldatenrat bekommt demnach Waren nicht in seine Hände.

Arbeiter- und Soldatenrat Leipzig. — Ernährungsausschuss Seidel, Ellrodt.

Parteiangelegenheiten.

Donnerstag, den 13. März, abends 7 Uhr

Parteilungssitzung

im Volkshaus, Zimmer 6.

Funktionärinnen des 18. Kreises Donnerstag, den 13. März, abends 7/8 Uhr, Sitzung im Volkshaus.

Volkswache Sitzung. Alle beteiligten Genossen treffen sich am Freitag, den 14. März, abends 7 Uhr, im Landhaus.

Volkswache Connewitz. Donnerstag, abends 7 Uhr, im Sambründ.

Ortsverein E.-Mützen. Donnerstag, den 13. März, abends 7 Uhr, Zusammenkunft der Volkswache im Restaurant Carolabad.

Eine Räubergeschichte.

Durch den Generalstreik war die sogenannte Freie Presse anderthalb Wochen lang nicht in der Lage, ihre Aufgabe zu erfüllen...

Am tollsten treiben es die Verleumder der Streikenden mit dem Genossen Friedrich Geyer, dem sie einen Artikel mit folgender Ueberschrift widmen: „Der alte Geyer als Räuberhauptmann.“

Ein anderer Schwindel der „Freien“ Presse ist die Behauptung, das Geld sei erhoben worden, damit den Eisenbahnarbeitern Streikunterstützung gezahlt werden könne.

Im Hauptblatt der „Freien“ Presse wird „der alte Geyer als Räuberhauptmann“ beschimpft, in der Beilage derselben Nummer aber heißt es: „Die Beweggründe für das Tun der Genannten (Geyer, Scheib, Krug) waren zwar nicht zu verdammern, aber die Tat selbst hat das moralische Ansehen der Streikleitung tief heruntergedrückt.“

durch den A- und S-Rat nicht nur diese unterstützungsberechtigten Familien vor schlimmer Not bewahrt worden, sondern in der Stadt sind dadurch auch Ausschreitungen vermieden worden...

Die ganze Darstellung der „Freien“ Presse, die sich übrigens in ähnlicher Weise auch in der übrigen bürgerlichen Presse Leipzigs findet, ist weiter nichts als eine mühsam zusammengelagene Räubergeschichte...

„Wir Revolutionäre...“

Das Toben der Leipziger bürgerlichen Presse gegen den Generalstreik geht weiter. In langen Artikeln wird zu ihm Stellung genommen, und es fehlt nicht an Anklagen auf den bösen A- und S-Rat...

Nochmals der Metzlerstreik.

Von dem sozialdemokratischen Arzt, dessen Aufsatz wir vor einigen Tagen veröffentlichten, wird uns noch geschrieben: Auf meinen letzten Artikel zum Metzlerstreik sind mir gewisse anonyme Briefe zugegangen...

Was nun die Verteidiger der wirtschaftlichen Interessen der Metzler betrifft, so haben sie sich stets gelehrt, die Mächtigen anzuerkennen; die kapitalistische Privatpraxis sowie der Herr „Professor“ sind ihnen heilig...

Wenn die gemeinen Praktiken aus einer künftigen Vorzeit, die da noch gang und gäbe sind, werden nicht einmal bei den Beamtenwelt mehr gebildet...

Warum haben wir in Leipzig fast kein Rohfleisch mehr?

Ein hiesiger Schlächter schreibt uns: „Wie bei allen Waren, so hat mit der Festsetzung von Höchstpreisen auch für Rohfleisch das Verschwinden desselben vom Leipziger Marke eingeleitet.“

Der Rohschlächter fordert eine Befreiung oder mindestens eine Steigerung der Höchstpreise. Das ist aber keine Lösung der Frage im Interesse der Verbraucher.

Erklärung.

Durch die demagogische Verschärfung des Kollegen Gerike in der letzten Holzarbeiterversammlung wurde mir die Mitgliedschaft entzogen...

Zunahme des Fleckfiebers in Sachsen. Es ist erforderlich, die Bevölkerung darüber aufzuklären, welche Gefahr für Gesundheit und Leben beim Auftreten von Fleckfieber besteht.

Wieder schwereres Gepäck. Das Gewicht eines Gepäckstücks auf der Eisenbahn war für die Dauer des Krieges auf 50 Kilogramm beschränkt.

Freiwilligkeit mit Munkelrabenfleisch. Nach einer Mitteilung des sächsischen Landesgesundheitsamtes wird vom 1. April ab eine 5-prozentige Streckung des Brotes mit Munkelrabenfleisch...

Die Kontrolle des Reisverkehrs aus dem und in das von den Polen besetzte Gebiet ist durch eine Verordnung geregelt, die den sächsischen Polizeibehörden (Polizeibehörden) am 21. Februar zur Kenntnis gebracht wurde.

Die Generalversammlung des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, Gau Leipzig, tagte am Sonntag, dem 2. März, im Volkshaus. Aus dem Bericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß der Gau bereits 17 Jahre besteht.

Lebensmittellisten für Donnerstag, den 13. März.

- Für Haushaltungen. Anmeldung, Fleisch: Regier Tag — abzugeben Fleischmarken: D 1—10 (20) Gramm Fleisch und 50 Gramm Wurst; D 1—8 (20) Gramm Fleisch; D 9—10 (50) Gramm Wurst.

Kleine Chronik.

Das Leipziger Total-Quartett spielt ein 10jähriges Festessen am Sonntagabend 8 Uhr mit einem Konzert in der Nikolai-Kirche unter Mitwirkung der Herren Schachleber (Violine) und Schühler (Orgel).

Aus der Umgebung Leipzigs.

Zweimundorf. Viehzählung. Bei der am 1. März vorgenommenen Viehzählung wurden 48 Pferde, 80 Rinder, 43 Schweine, 59 Fiegen, 458 Stück Federvieh und 835 Kaninchen gezählt.

norischer zu machen. Wie man selber einführte, sollte sich das hiesige Bahnpersonal ebenfalls der Streikbewegung anschließen, es habe sich aber einstimmig gegen den Streik erklärt. Die Spartakisten waren aber überhaupt nicht zufrieden, sie erklärten, daß sie morgen vorläufig wiederzukommen würden, bis dahin sollte sich das Personal entscheiden. Nachdem ein Belegmann über Zweck und Ziele der Bewegung gesprochen hatte, dampften sie wieder ab. Die Angelegenheit hat in unserem sonst so stillen Ort Aufsehen und Aufregung hervorgerufen. Es sollte natürlich nicht an Gegenüberredungen und Fragen, wobei bemerkenswert ist, daß auf eine Frage an die Fremdlinge: „Was sie nun eigentlich noch wollten, wir haben ja unter freies Deutschland“, die Vertriebenen keine Auskunft gaben. Sie sagten vielmehr, die Sache wäre ihnen ganz gleich, ob sie 4 Wochen oder 6 Wochen dauerte, sie erhalten es gut bezahlt. Unter den Angekommenen bemerkte man auch einige sehr jugendliche, kaum der Schule entwachsene Leute. Zum zweitenmal mußte die heute vormittag eingetragene Abordnung der Streikleitung nach etwa einstündiger Verhandlung mit dem hiesigen Bahnpersonal und Streckenarbeitern resultatlos abgehen, da von dem genannten Beamten- und Arbeiterpersonal der Streik einstimmig abgelehnt worden ist. Mit einer Forderung des Bahnhofs muß aber nach wie vor gerechnet werden, so daß Büge vorläufig von hier nicht abgehen können.

Die „Spartakisten“ und „Fremdlinge“ waren niemand anders als streifende Bahnarbeiter, die wie bei jedem Streik ihr Kollegen zum Mitstreifen aufforderten. Das Hauptziel blühen würde in seinen Charakter verleugnen, wenn es nicht die Streikenden mit „unter Bezahlung“ (vielleicht von russischen Volkswirtschaften?) verfeumdete.

Gerdshain. In der ersten Sitzung des neuernannten Gemeinderates wurde von unsern Genossen nochmals Protest gegen die Wahl der Gemeinderäte erhoben und betont, daß wir uns nach dem abschließenden Bescheid der Amtshauptmannschaft nunmehr an das Ministerium wenden würden. Auf Anregung der Amtshauptmannschaft wurde die Einrichtung einer Ortswehr beschlossen. In den Schulvorstand wurden die Genossen Förner, Fischer und Hofmann, sowie die Herren Tang, Thäring und Michel gewählt, in den Pensionsausschuß die Genossen Förner und Fischer, sowie die Herren Thäring und Weg, und in den Wegebauausschuß Genosse Rognat und Herr Weg. Das Gehalt des Gemeindevorstandes wurde auf 800 Mk. erhöht. Dem Hilfspräsidenten wurde eine Teuerungszulage von 30 Mk. monatlich zugestimmt und dem Schulmann Gehalt eine solche von 40 Mk., sowie ein Reisevergütung von 150 Mk. jährlich, außerdem wurde ihm die Pensionsberechtigung zugesprochen. Der Haushaltplan für 1919 schließt mit einer Einnahme von 4725 Mk. und mit einer Ausgabe von 22 885 ab, sodaß ein Fehlbetrag von 17 000 Mk. verbleibt, der durch Steuern aufzubringen ist. Weiter wurde beschlossen, den Jückerweg und die Straße am Ende der Dorfse von Herrn Wedewig bis Herrn Paul einzubauen. Die Öffentlichkeit der Sitzungen wurde gegen die Stimmen unser Genossen abgelehnt.

Gedern. Dem Schulvorstand gehören von Gedern an die Genossen Bucher und Kretschmar, die Herren Kluge und Pöhlfeld; von Craschwitz die Genossen Raube, Spitzbarth, Schlegel und Frau Richter, der Leiter der Schule, Oberlehrer Franke, als Vertreter der Lehrerschaft Herr Baumgarten. Ferner ein Vertreter des selbständigen Gewerkschaftsvereins. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Kretschmar gewählt, der bemerkte, daß unsere Schulgemeinde den „Muhm“ für sich haben kann, wohl den ältesten Hilfslehrer in Sachsen zu haben. Eine so schwere Erziehungsaufgabe konnte nur unter dem alten System wachern, wo die Schule der Kirche dienen mußte, die Geistesfreiheit übernahm und in der Verwaltung des Lehrers in seinem Fortkommen der ausschlaggebende Faktor war. Lehrer Baumgarten brachte einige Mängel der alten Schule vor, die einer Kommission zur Prüfung übergeben wurden. Schließlich wurde der Wunsch geäußert, der Leiter der Schule möge den Schulvorstand zu einer Besichtigung der Schule, der Lehrmittel und der Bibliothek einladen.

Gedern. Gemeinderatssitzung. In der ersten Sitzung des neuernannten Gemeinderats stellte Genosse Kretschmar den Antrag auf Verfestigung der Gemeindefinanzen. Der Gemeinderat verlor eine Verordnung des Ministeriums vom 28. Dezember 1918, wonach die Gemeindefinanzen nachschärfen seien, und die Verfügung der Amtshauptmannschaft, die bestimmt, daß die Gemeindefinanzen bis 1922 zu Recht beständen. Genosse Kretschmar wies darauf hin, daß für die Gemeindefinanzen eine Beamtenentlohnung nicht in Frage käme, weil alle Beamteneinkünfte (Besoldung, Anstellung, Pension), die sie als Beamte legitimieren. Die Mehrheit stellte sich auf den Standpunkt, die Gemeindefinanzen zu beschränken. Dem Gemeindevorstand wurde zur beratenden Stimme zugestanden. Ein entsprechender Nachtrag zum Ortsgesetz wird der Amtshauptmannschaft zur Genehmigung zugehen. Zum Vorsitzenden wurde Herr Kluge, zum Stellvertreter Genosse Kretschmar gewählt. Die Ausschüsse wählten ergeben: Verfassungsausschuß: Weich, Kretschmar, Pöhlfeld, Bode; Pensionsausschuß: Weich, Kretschmar, Bode, Kluge; Bauausschuß: Weich, Bucher, Kluge, Wehner; Fürsorgeausschuß: Weich, Weich, Wehner, Föhner; Ernährungsausschuß: Bucher, Bode; Einschätzungskommission: Bucher, Weich, Wehner; Schulvorstand: Kretschmar, Bucher, Pöhlfeld, Kluge. Des weiteren wurde

bestimmt, daß die Sitzungen bis auf weiteres aller 14 Tage, und zwar Dienstags, abends 8 Uhr, im Gasthof stattfinden.

Ellenburg. In der Stadterordnetenwahl nahmen von 10 770 Wahlberechtigten nur 7701 = 71,5 Proz. teil. Die Unabhängigen erhielten 4314, die Gegner 3300 Stimmen. Es entfallen auf die Unabhängigen 17, auf die Gegner 18 Vertreter.

Jwenkau. Verichtigung. Mit dem Ersuchen um Veröffentlichung ging uns folgendes Schreiben zu: „Die Mitteilung in einem Jwenkau. Die Streikfrage“ überschriebenen Artikel in Nr. 54 Ihres Blattes vom 7. März, wonach den Waldarbeitern des Jwenkauer Staatsforstreviers die Bezahlung der Streiktage zugestanden worden sei, ist nicht richtig; diese Forderung wurde im Gegenteil ausdrücklich abgelehnt. Die Erhöhung der Stütz- und Stundenlohnätze hängt keineswegs mit dem Stütz zusammen; sie wurde allen Staatsforstarbeitern des Landes vom Finanzministerium bereits vor dem Beginn des Streiks bewilligt; die Bezahlung einer Bestimmung bei weitem Anmarsch zur Arbeitshütte war sogar schon vor dem Krieg eingeführt. Die von der Revisionsverwaltung selbst veranlaßt und durchgeführte Versorgung der ärmeren Bevölkerung mit Brennholz steht keineswegs unter der Kontrolle der Streikleitung; es ist nur eine Kontrolle der Käufer zur Vermeidung doppelter Verlieferung auf die Anregung der Revisionsverwaltung beabsichtigt.

Merseburg. Ergebnis der Stadterordnetenwahl. Die Stadterordnetenwahlen am 2. März fielen mitten in den großen mitteldeutschen Streik, der im Stimmverhältnis seinen Ausdruck findet. Fast 1000 Stimmen sind für die Bürgerlichen mehr abgegeben worden, als für die beiden sozialistischen Listen; nämlich: 4476 sozialistische und 5423 bürgerliche Stimmen. Sie verteilen sich auf die einzelnen Parteien: Unabhängige 3405, Reichssozialisten 1059, Deutsch-Demokraten 3498, Deutsch-Nationale 1019, Deutsche und Christliche Volkspartei 204. Gebildet sind: 13 Unabhängige, 3 Reichssozialisten, 13 Demokraten, 6 Deutsch-Nationale und 1 Deutsche Volkspartei. — In der Kaiserin Land am Sonnabend eine Neuwahl des Soldatenrates der hiesigen Garnison statt. Der neue Soldatenrat soll auf revisionärem Standpunkte stehen.

Gewerkschaftsbewegung.

Steinarbeiter. In der Monatsversammlung am 2. März berichtete der Vorsitzende, daß sich die Zahlstellen Plauen und Chemnitz mit unseren Forderungen einverstanden erklärt hätten; von den anderen Städten wäre keine Arbeit erfolgt. Die Verhandlung sollte Dienstag, den 4. März, in Dresden stattfinden. Zur Teilnahme an der Sitzung wurde Kollege Timpel gewählt. Ihm wurde aufgetragen, unbedingt an der Forderung festzuhalten, für die Stunde 2,25 Mark und allgemeiner Tagelohn, festzuhalten. Die Kollegen, die auf dem Schichtlohn arbeiten, haben 2 Mark für die Stunde bewilligt bekommen. Zur Ordnung der durch die neue Verhandlungsordnung entstehenden Mehrkosten soll der wöchentliche Beitrag um 10 Pf. erhöht werden. Der Beitrag von 1 40 Pf. für die Marke ist am Sonnabend, dem 5. April 1919, zur ersten Rate zu bezahlen.

Glas Leipzig. Am 7. März fand eine überaus stark besuchte Mitgliederversammlung statt. Zunächst wurde eine ganze Anzahl Kollegen in den Verband aufgenommen, worunter sich auch verschiedene ältere Kollegen befanden, die bisher der Organisation ferngeblieben waren. Der Vorsitzende, Kollege Leipzig, ermahnte sie, auch dauernde und bleibende Mitglieder des Verbandes zu werden, und erluchte die Beiratsmitglieder, in Zukunft mit seinem unorganisierten Glas mehr zusammen zu arbeiten. Hieran machten sich verschiedene Neu- und Ergänzungswahlen notwendig. Es wurden neuwählig als erster Vorsitzender Gerhard, Schriftführer Mengisch, Beisitzer Deuschner, in den Gesellenausschuß Vollack, im Agitationskomitee A. Große und W. Bräutigam. Der Vorsitzende Leipzig hielt hierauf einen Vortrag über die allgemeine politische Lage. Er führte die Verfallung in scharfen treffenden Worten das Verhalten unserer jetzigen Regierung vor Augen, die ganz nach den bürgerlichen Reihen arbeitet. Der Redner schärfte die Urfragen und die Ziele des Generalstreiks und forderte die Kollegen auf, nicht wankelmütig zu werden. Am Schluß seiner Ausführungen forderte er die Anwesenden auf, Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie zu werden. Die Versammlung stimmte dem Vortrage des Vorsitzenden einstimmig zu. Von verschiedenen Rednern wurde dann die Schreibweise des Fachorgans, die Wapferzeitung, einer scharfen Kritik unterzogen; der Hauptvorsitzende und Redakteur bringt darin politische Artikel, die der Arbeiterbewegung geradezu Pohn sprechen. Kollege Wehner gab einen kurzen Parteibericht und machte nähere Angaben über die jetzige Besetzung des Reichsausschusses. Zum Schluß wurden der Verwaltung verschiedene Kollegen gemeldet, die sich nicht am Generalstreik beteiligen wollen. Der Vorsitzende besprach noch die ab 8. Februar geltenden Teuerungszulagen von 15 Pf. auf alle Stundenlöhne und betonte, daß nirgends Alltagsarbeit zu leisten sei. Die Angliederung des paritätischen Nachweises an den städtischen Arbeitsnachweis wurde vorläufig vertagt.

Die Arbeitszeit im Textilgewerbe. Die Anordnungen des Reichsamtes für die wirtschaftliche Mobilisierung vom 23. November vorigen Jahres über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter im Sinne des Reichsarbeitsgesetzes im Textiler- und Textilgewerbe werden noch wenig oder gar nicht beachtet. Es ist daher Stellung an die beteiligten Behörden ergangen, auf schleunige Durchführung hinzuwirken. In widerstandlichen haben die unter Ziffer X der Verordnung vom 23. November 1918 angedrohten empfindlichen Strafen zu gewärtigen.

Der Textilarbeiterstreik im Vogtland. Neustadt (Vogtland), 8. März. (W. Z. V.) Zu dem Streik der Textilarbeiter wird gemeldet, daß gestern nachmittag Verhandlungen zwischen dem Vertreter des Verbandes sächsischer, thüringischer Webereien und den Gewerkschaften stattgefunden haben, die zu einer Einigung führten. Es wurde beschlossen, am Montag die Arbeit in allen Textilbetrieben wieder aufzunehmen.

Der Einheitsverband kaufmännischer Angestellter Deutschlands befreit in einer Aufschrift, daß in der Abverhaltungsammlung gegen weibliche Besucher beleidigende Neuperungen gefallen seien. Was er sonst mittelst, ist keine Verächtigung, sondern eine Polemik gegen den Zentralverband.

Eingelaufene Schriften.

Otto Mikar, Neuen Liebesidealen entgegen. Angenruben-Verlag, Wien.
Karl Adorf, Haus Nr. 87. Ein Wiener Roman. Angenruben-Verlag, Wien.
Dr. med. R. Glöckner, Die Probleme des Geschlechtslebens. Die Liebe von Mann und Weib, von Weiblichkeit und Eheglück. Eine wohlmeinende Studie für das gereifte weibliche Geschlecht. Angenruben-Verlag, Wien.
Klaus Behold, Der feurige Weg. Ein russischer Revolutionsroman. Angenruben-Verlag, Wien.
Richard Schwarz, Rasthaus, Goldscheit, Popper-Lynton und ihre Systeme, zusammengefaßt zu einem Wirtschaftsprogramm. Angenruben-Verlag, Wien.
Vela Parlag, Abschlüssen einer internationalen Wirtschaftspolitik. Angenruben-Verlag, Wien.
Freie Willkür und kein neuer Militarismus! Anregungen und Richtlinien von einem Frontsoldaten. Angenruben-Verlag, Wien.
Bernhard Bonneburg, Die Despotie der Mittel. Ihre Erkenntnis: Die Grundlage rascher Völkerveränderung. Angenruben-Verlag, Wien.
Herward Dietrich, Jeremias-Sonette. Bruno Wolpert Verlag, Buchhandlung, Leipzig.
Hermann Ahrens, Der Umbau unserer gesamten Volkswirtschaft. Die Sicherung der Existenz. Einheitssteuer und Vergrößerung. Selbstverlag, Berlin-Tempelhof, Albrechtstraße 101. Preis 1 50 Mk.
Dr. Moritz Meyer, Ezerler-Regiment der Reichswehr. Verlag der Buchhandlung Koeser, Tübingen. Preis 2 40 Mk.
Carl Schaff, Geloreform — Weltreform. Erster offener Brief an den Präsidenten der deutschen Republik. Verlag von Carl Haupt, Berlin SO. 20, Mariannenstr. 28.
Dr. R. Fr. Pauli, Die Schuld an Kriege. Ein offener Brief an den Präsidenten der Vereinigten Staaten. Verlag von G. Hebel, Leipzig, Gutenbergstr. 8. Preis 1 Mk.
Flugschriften der Revolution. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Heft 1: Wilhelm Kell, Die Rettung aus dem finanziellen Elend. Preis 50 Pf.
Barbus, Der Arbeitersozialismus und die Weltrevolution. Briefe an die deutschen Arbeiter. I. Die wirtschaftliche Überwindung des Kapitalismus. II. Sozialismus und Bolschewismus. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Preis 50 Pf.
Großdeutsch oder Kleindeutsch? Neben über den Anschließung Deutschlands an die deutsche Republik. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68. Preis 75 Pf.
Die Ostmark deutsch oder polnisch? Was ist es im Interesse unserer polnischen Landbevölkerung, sich an die Republik Polen anzuschließen? Ein Leitfaden für die Propaganda von Mund zu Mund und in Volkserwartungen. Verlag der Arbeitergemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung, Berlin W. 35.
Fries Deutsches Land. Sozialistische Wochenchrift für Politik und Kultur. Verlag Freies Deutschland, Hannover, Heinrichstraße 24. Preis vierteljährlich 4 50 Mk.
Adolf Braun, Die Sozialisierung. Volkswirtschaftliche und soziologische Betrachtungen. Verlag der Frankfurter Verlagsanstalt und Buchdruckerei, Nürnberg. Preis 20 Pf.
Margarine-Warenkunde. Begriffsbestimmungen, Herkunft und Eigenschaften der meistgebrauchten Rohwaren und der Herstellungsmasse der Speisefettgewerbe. Verlag von Carl Forster, Düsseldorf 9. Preis 50 Pf.

Der Kleine Anzeiger

Leipziger Volkszeitung (Inseraten-Nachnahme).

Arbeitsmarkt

Wandwaren = Färber = Meister

der in der Lage ist, alle gängbaren Farben auszuführen und einen neu eingerichteten Betrieb selbständig leiten kann, zum baldigen Eintritt gesucht. Off. Schrift unter A. 1 an die Expedition d. Bl. Tauscher Straße.

Tüchtigen Schmied Werkschlosser Hilfsschlosser

Herrmann Fritzsche, G. m. b. H., Plöner Weg 14.

Wegscheiderleitet in Leipzig tüchtig

Tüchtigen Zeichner

für alle Arten von Möbel u. Anterlia, von Verzierungen. Ausst. Offerten und Angabe der Gehaltsansprüche unter P. 708 Kronenholz & Kretschmar.

Tücht. Kunstst. Informant

für Chem. u. Thermochem. 79, I. r.

Tücht. Schuhmacher

der selbständig arbeitet, bei hohem Lohn sofort gesucht. W. Messchke, Sternwartenstr. 61.

Schuhmacher Gehilfen

sucht Karl Lehner, Glöcknerstraße 124.

Tücht. jung. Schuhmacher

sofort gesucht. Probierhaus Grönte, Burgner Str. 38.

2 tücht. Schuhmacher

sucht J. Mühlner, Wohlis, Neuh. Dallmeierstr. 168.

Schuhmacher gesucht

Zäuberw., Wassermarktstr. 10

Schuhmacher

gesucht. Neubn., Poststraße 5.

Friseur als ständ. Ausweise

sich Sonnab. nachm. u. Sonntag. Tarilochn. Heinrich Koch, Leipzig, Lindnerstr. 28

Markthelfer

zum Ausstragen eines Restlameschiltes gesucht. **Blitz, Petersstraße 17.**

Hohen Verdienst

sind. Händler u. Hausfrauen. Jede Hausfrau kauft! Lange, Tröndlinstr. 1. Gewerbeamtstellung beim Jb.

2 Vorführer-Lehrlinge gesucht.

Meldezzeit von 10—11 in Astoria-Lichtspiele (Technisches Bureau) Windmühlenstr. 31.

Schriftsetzer-Lehrling

wird eingestellt Adolf Forker Kohlgartenstraße 18.

2 Tischlerlehr.

sucht Gebr. Voigt, Grödenhainichen b. Wittenfeld.

Schlosser - Lehrling

zu günstigen Bedingungen gel. Kochstrasse 18, Schlossermeister Wagner Nachf.

Perf. Zuarbeiterin

f. Damenschneiderei sofort gesucht bei Fr. Höhne, Sell., Burgner Str. 71, IV.

Photostammlin

von einem Kunststiller gesucht. Co., Baschdorferstraße 19, II. l.

Frauen 3. Lumpeneinfahren

o. Röder, Bagerstraße 43. Junge saub. Frau wird 8 halbe Tage wöch. als Aufwartung gel. Meißnerstraße 180, II., neben Rest. Popoelstein.

Wirtsch. l. selbst. Stell. Kinderf.

fr. f. 50. Jungf., Stübchen f. Haus, Allelam. l. einz. Dame. Köch. Dienst. all. Art sucht Günther, G., Mückers Str. 2. Stellvermittlerin. Tel. 50937.

Suche eine gutempfohlene Waschfrau

und eine Frau für Herrenwäsche plätten. Schöb., Leipziger Str. 14, Kontor.

In kleiner Arztpraxis mit etw. Landwirtschaft wird braves, arbeitames, nicht zu junges Mädchen

zum 1. April gesucht, bei gutem Lohn und guter Behandlung. Angebote mit Zeugnisabschriften unter C. 3 an die Expedition d. Blattes.

Reinmach-Frau

gesucht. Mönchstraße 89, Hüb. pl. r.

3. wech Mann in der Textilbranche

istig gewesen, sucht Stellung als **Markthelfer**. Off. u. L. 45 Pl. u. L. Köhnerstr.

Suche für meinen Sohn, welcher Ostern die Schule verläßt, zum 1. 4. Stellung als kaufm. Lehrling

od. ähnl. Selb. ist ver. Konograph (180 S.), Masch.-Schreib. Off. erb. u. 5. 93 a. d. Exped. d. Bl.

Bermittelte Anzeigen

Chienerklärung

Die u. mir 11. 8. vorm. a. d. M. Bahn ausgebroch. Anschuldigungen gegen die Sold. Mätk 106 erkläre ich hierdurch als unwahr u. nehme selbige un. Ausdruck an. Hugo Feige, 5 106.

Hierdurch nehme ich die von mir am 9. 3. 19 geg. die Matrosen ausgesproch. Neuperungen, wie Buchhändler usw. mit d. Ausdruck des Bedauerns öffentlich zurück. F. E. Zaackswart.

Amelungwehr!!

Der Herr, welcher den von den beiden Ruberern am 10. 3. nachm., abgelegten Ausfall aufgenommen hat, wird gebeten, wenigstens den Photograph. Apparat mit Platten und die graue Strickjacke, da beides nicht Eigentum, gegen bel. hohe Belohn. abzugeben. Allgem. Anz.-Bur Markt 10, I.

Verloren

aus der Autofahrt von Leipzig nach Bitterfeld zusammengefallen. Heidecker, Mühlge, rotes Lederkleid, gelb. H., Handschuhe sowie Wiederbringer erhält

Aktenmappe

150 Mark

Belohnung Aktenmappe allein hundert Mark durch Postier des Hotel Astoria, Leipzig.

D. var m. Kette verloren

Quers, Gellert, Schützenstr., Brühl, Katharinenstr. Gegen Bel. abzugeben. Schützenstr. 2, II. r.

100 Mark Belohnung

ersch. derj. welcher m. Rad 179 128 wiederbr. (Vind., Karls-Heinrich 52)

Wohnungen

keere zwei. Stube m. Stodoch u. verm. Büchner Str. 80, I. l. keere Stube m. Gas u. Kochofen od. l. April zu vermiet. Sophienplatz 2, IV. l. Möblierte Stube zu vermiet. Baumgärtchenstr. 9, pl. r.

Suche per Wohnung mit Gas

Exob, Moltkenstraße 88, pl. keere Stube in Lindenan Nähe Flemingstr. gef. Off. u. 44 Pl. u. L. Köhner Str. 41.

Schäferhund entlaufen,

hört auf Luz. Steuermarkte Dösch. Geg. gute Belohnung abzugeben. Luther, Raskwitz.

Entlaufen

kleiner schwarzbrauner Daack. Gegen hohe Belohnung abzugeben bei Kaufser, Einbenaun, Köhner Strasse 214, II. Gelbe daack. Hündin jugel. Möd., Günterstr. 17, I. l.

????

Wer n. ? i. Knab. u. g. Pflege. Schriftl. Off. m. Wr. p. d. Monat Karl Demse, Quersstr. 80, III. l.

Planist

Freie W. Reis, Breite Str. 22, II.



Einlaß 3 $\frac{1}{2}$ Uhr
Anfang 4 "
Ende 10 "

Fernruf

18792-93

Jugend-
vorstellung in
allen Theatern

THEATER

ASTORIA

Windmühlenstraße 71

Franz Lehár

der berühmte Operettenkomponist
als Filmschauspieler in der Haupt-
rolle des Künstlerromans

Bist du's lachendes Glück?

5 Abteilungen m. Gesangsvorträgen
erster Sänger und Sängerinnen

Vespi, wo bist du?
Lustspiel in drei Akten
mit

CARL VESPERMANN

Vorverkauf zu ermäßigten Preisen
bei Th. Althoff

Lindenfels

Karl-Heino-Straße 56

Sühne

Drama in vier Abteilungen
mit
MARIA FEIN

OSSI OSWALDA

in dem Lustspiel
„Meine Frau,
die Filmschauspielerin“
3 Abteilungen

Dazu weitere interessante
Vorführungen

Colosseum

Rosßplatz 12/13

Viggo Larsen

in einer seiner Glanzleistungen
in der Komödie
„Einbrecher wider Willen“
4 Abteilungen

Traumgift

Folgen des Opiumlasters
Drama in 3 Abteilungen
mit
JNGEBORG SPANGSPELD
und
ANTON VON VERDIER

Wintergarten

Eisenbahnstraße 80

Des Glückes lachender Erbe

Drama in 5 Abteilungen
mit
CARLO WIETH

Eine Nacht in der Stahlkammer

Spannendes Detektivabenteuer
in 4 Abteilungen
mit
HEINRICH PEER
und
HARRY LIEDTKE

Universum

Rosßplatz 6

Kaffee Bauer

Joe Deeb

der Meisterdetektiv in seinem letzten
ereignisvollen Abenteuer

„Das Auge des Götzen“
4 Abteilungen

Malheurchen Nr. 8

Pikantes Lustspiel in 3 Abteilungen
bisher verboten gewesen, jetzt erlaubt

Eines der besten Bilder der bekannten

DORRIT WEIXLER

(zum Totlachen)

Deutsches Haus Lindenau

Heute Anfang 6 Uhr:

D.-S.-Ball

Teil. 33034 u. 11607.

Tanzlehrer mit Konzession

gefucht. Persönliche Vorführung von 9 bis 12 Uhr bei
Kurt Stanjeck, Emilienstrasse 48.

Licht-UT-Spiele

Ally Kolberg
nebst ihrem Partner

Herrn Heinz Sarnow
werden Freitag, 14. März
persönlich
auftreten

Telef. 3187
JMKünzel
Hainstr. 19.

Telef. 3187
Duerthgang
Riebeckkurau

Im Herzen der Stadt

Café Prinz Eugen, Connowitz, Pegauer Str. 56
Neue Bewirtschaftung. Neue Bedienung. Frau Elsa Bauer.

Zur Schmiede

Lützowstrasse 3.

Werten Genossen, Freunden und Bekannten
zur Nachricht, daß wir am 1. März obiges
Restaurant übernommen haben. Es ist nun
unser eifrigstes Bestreben, alle unsere werten
Gäste der jetzigen Zeit entsprechend aufs
beste und gewissenhafteste zu bedienen.

Robert Beschorner u. Frau.

ff. Rossfleischküche.
Reichhaltige Speisenauswahl.

Vom Felde zurück!

Der geehrten Einwohnerschaft von **Bühl-Ohrenberg**
und Umgebung zur gefälligen Kenntnis, daß ich mein
Barbier-Friseur-Geschäft
Hindenburgstraße 30
wieder eröffnen habe.
Ich bitte, das mir bisher geschenkte Wohlwollen und
Vertrauen mir auch fernerhin zuteil werden zu lassen.

Schachtungsvoll
Fr. Fichert.

Blauner

kauft und verkauft

Herrengarderobe

Uniformen, Möbel
Betten, ganze Nachlässe
Gold- und Silberfachen usw.

Reichsstr. 39, L. Tel. 15941.

Händler und
Hausierer!

Schuhcreme

in Blechdosen Gr. 65x18,
80 Gramm schwer, vor-
zügliche Qual., Mk. 28.—
per 100, Neiert
Schuhcreme-Fabrik
Julius Lewin, Leipzig
Moltkestraße 24.

Schriftliches Geschäft.

Möbel alte gebraucht,
Leihhausmöbel,
Ulren, Federbetten, Teppiche,
Nähmaschinen, Garbinnen laufen
zu höchsten Preisen **Dix**,
Elsbethstr. 12 u. Goltzstr. 8.
!! Bitte Marie, komme sofort !!

Makulatur-Einkauf
en gros! en detail!

Kaufe jed. Post. Zeitungspapier
gebündelt, Alten, Skripturen,
alle Pappenabfälle, Wafdapap.
Pumpen, Knochen, altes Eisen
und Metalle laufe ich auch
ladungswelt, gegen sofortige
Kasse Händler Extra-Breite.
Komme auswärtig. Hole auch
ab. Wahnspesen zu m. Kosten.

Pässler
Lützowstrasse 71. Tel. 38491
Bogislavstr. 18, Döllitschstr. 45
Alle Off. nach Lägner Str. 71.

Uhren
Ringe, Leihhausmöbel,
Photo-Appar., Mandolin,
Gitarren, Konzertinas,
Theaterglas., Feldstech.,
neu u. alt, Eins u. Verkauf
Lory, Johannisgasse 15.

Hennigsons
Edelfluid (pat. gesch.)
allergierksamstes Mittel geg.
Kopfläuse. Flasche 1.50
Engel-Apothek., Markt. Hof-
Apothek., Hainstrasse, Max
Berger, Königsp., Carl Klone.
Sanitätsartikel. Hainstr. 17 19

Bettmäßen!

Befreiung tot. Alter u. Geschl.
angeben Auskunft unction
Institut „Aurora“
Kulohrtshaus a. l. 96a Odb.
Hierdurch beidermalige ich, daß
insolange Antratsens des Herrn
St. Pniowski, L.-Plagwitz,
Gleisstr. 11, meine Frau von
Herzleiden und
vollständig geheilt ist.
Buchhandlg. Herm. Waldapfel,
Leipz.-L., GutsMuthstr. 22, pt.
Sinterale Redaktion, son-
dern an die Expedition
d. Leipz. Volkszeitg. zu richten

Allen Freunden, Bekannten und werten Gästen zur
Kenntnis, daß wir das

Restaurant Kohlgrabenstrasse 11

übernommen haben. Hochachtungsvoll
Walter Weißmüller und Frau.

Versteigerung Donnerstag vorm. 10 Uhr
Katharinenstraße 21.

Zur freiwilligen Versteigerung gelangt eine Ladeneinrichtung,
Eisschrank, Kastenregale, große u. kleine Fachregale, Laden-
tafel, Schlachtfleisch, Hackfleisch, Kuchenbrotter, Brücken- u.
Tafelwaage, Pökelfässer, Brühtrug, Töpfe, Zinkkochen, Schlacht-
messer, Porzellan, Steingut, Glas, Emailgeschirr, Kürbe,
Schreibesekretär, Spiegel, div.

Emil Müller Vorsteher und Abschätzer,
Katharinenstr. 21, III.

Möbel

Bürgerl. Wohnungseinrichtungen, Speise-
Herren-, Schlafzimmer, Küchen, Einzelmöbel
Größte Auswahl! Preiswert!

Leipziger Möbelhaus
Carl Breitschädel
Wintergartenstr. 16, gegenüber Krystal-Palast.

Ich habe mich als praktischer Arzt niedergelassen
Südstrasse 96. — Fernspr. 12347.

Dr. med. R. Czarnecki

Alle Kassen mit freier Arztwahl.
Sprechstunden: Vorm. 8 $\frac{1}{2}$ -9 $\frac{1}{2}$, nachm. 3-4 Uhr.
Sonnabends und Sonntags nur vormittags.

Familien-Nachrichten

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Vaters
sagen wir hierdurch allen, die herzliche Teilnahme mit
uns empfanden, unsern innigsten Dank. Besonders
dem geschätzten Personal der Firma Ulrich & Uebig
für die überaus reiche Spende, ferner Herrn Pastor
Schmidt für die tröstlichen Worte am Grabe unseres
lieben sanft Entschlafenen. Dies alles hat unsern
Herzen wohlgetan.

Frau verw. Schäper
und **Kinder**
nebst Hinterbliebenen.

Für die zahlreichen Beweise aufrichtiger Teilnahme
bei dem Verluste meines lieben Sohnes, des Pioniers

Fritz Albrecht

sprechen wir allen unsern innigsten Dank aus.
L. Reitzschöcher, den 1. März 1919.
Friedrich Albrecht, z. B. in engl. Gefangenschaft
und alle Angehörigen.

Dank.

Für die vielen Beweise innigster Teilnahme beim
Hinscheiden unserer teuren Entschlafenen

Martha Nuglisch geb. Drubig

können wir nur hierdurch unsern tiefgefühltesten
Dank aussprechen. Besonderen Dank Herrn Pastor
Burchardt für die tröstlichen Worte am Grabe.
Dank auch dem Geschäftsinhaber, Geschäftsführer und
den Kollegen und Kolleginnen der Firma Julius
Hager für die überaus reichen Blumen Spenden. Auch
vielen Dank allen Verwandten und Bekannten und
weiterer Anbichast, welche ihr das letzte Geleit gaben.
Dies alles hat unsern Herzen wohlgetan. Dir aber,
liebe Entschlafene, rufen wir ein Ruhe sanft in die
Ewigkeit nach.

Der trauernde Gatte **Albert Nuglisch**
und **Familie Drubig.**

Für die zahlreichen Beweise liebevoller Teilnahme
bei dem Verluste meines lieben treusorgenden Mannes,
unseres lieben Sohnes und Bruders, des Zimmerers

Paul Reuter

sagen wir allen lieben Verwandten, Freunden und
Bekanntem, der Ortsgemeinschaft Knaußleeberg des Arb-
Radfahrers-B. Solbarkität für so überreichen Blumen-
schmuck und lehrtes ehrendes Geleit sowie der Sängers-
abteilung des Ortsvereins Knaußleeberg u. Umg. für
erhebenden Gesang an seiner letzten Ruhestätte unsern
innigsten tiefgefühltesten Dank.

Dir aber, unser lieber Paul, rufen wir ein Ruhe
sanft in dein so frühes Grab nach.
Knaußleeberg, am 8. März 1919.

Frau Ida verw. Reuter
im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer so schnell entschlafenen
lieben Tochter, Schwester, Schwägerin, Cousine und Braut

Marie Emma Buchmann

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten für
den reichen Blumen Schmuck und Begleitung zur letzten Ruhe-
stätte unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank dem Gesange-
verein Gemüthlicher Chor, dem Arb.-Turnverein zu Großwitz
sowie der Jugend zu Großwitz und Größern für Blumen-
werk, Spende und Begleitung zur letzten Ruhe. Dank dem
Ehe- und Gesangsensemble der Firma Paul Dito für Blumen
und Geleit. Dies alles hat unsern Herzen wohlgetan.

Dir aber, liebe Emma, rufen wir ein Ruhe sanft in
dein viel zu frühes Grab nach.
Großwitz u. Größern, am Begräbnistage, 28. 2. 1919.

Die trauernden Eltern und Geschwister
Familie Robert Buchmann
Oskar Scholze als Bräutigam u. Töchterchen **Johanna**
und alle Hinterbliebenen.

Nach langem gebuldig ertragenem Leiden schloß
am 8. März, vormittags 10 Uhr, mein lieber treu-
sorgender Mann, unser guter Vater, Schwiegervater,
Schwager, Onkel und Großvater

Gustav Adolf Schmidt

im 86. Lebensjahre seine milden Augen für immer.
Für die wohlthunenden Beweise aufrichtiger Teil-
nahme und für die zahlreichen Kranzspenden herz-
lichsten Dank. Besonders Dank seinen lieben Schwa-
männern für den erhebenden Gesang sowie Herrn Pfarrer
Ludwig für seine tröstlichen Worte am Grabe.

Dies alles hat unsern wunden Herzen wohlgetan.
L. Reuschbünefeld, den 12. März 1919
Weißheidstraße 9

Schmerz erfüllt **Emma verw. Schmidt**
im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht,
daß am 10. März, früh 4 Uhr, unser lieber Bruder,
Schwager, Onkel, Neffe und Cousin

Willi Göhre

nach kurzem schwerem Leiden im Alter von 19 Jahren
im Krankenhaus St. Jakob verschieden ist.

L. Selterhausen, Würzner Straße 188.

In tiefer Trauer
Kurt Arnold und Frau Lisbeth geb. Göhre
und **Kinder**
Johanna Göhre, Charlotte Göhre, Max Göhre
Helene Göhre im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachm. 8 Uhr,
von der Kapelle des Selterhäuser Friedhofs aus statt.

Ein treues Mutterherz schlägt nicht mehr!

Am 10. März starb plötzlich und unerwartet meine
liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und
Großmutter, Frau

Friederiche Flamme geb. Graf

im Alter von 65 Jahren. In tiefstem Herzeleid
Großschöcher, den 11. März 1919

Der trauernde Gatte **Ernst Flamme** und **Kinder**
Hedwig Mangold geb. Flamme und **Gatte**
Frieda Herbat geb. Flamme u. Gatte nebst Tochter
Kurt Flamme und **Frau** nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Donnerstag, mittags 11 Uhr, statt.

